

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 3.50 Mark pro Quartal. Eingetragene in der Post-Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Sonntagen.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnetten oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 10. Juli 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Quittung.

Im Monat Juni gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Ministadt, durch F. G. 10.—, Augsburg, U. d. G. U. i. St. 20.—, Alt-Warthau, Nr. Buzlau, durch den Vertrauensmann 30.—, Berlin, durch den Vertrauensmann 150.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 100.—, 2. Kreis 150.—, 3. Kreis 500.— (darunter Buchdrucker von Krauer u. Dimmid 15.50), 4. Kreis Ost 1000.—, 4. Kreis Südost 1000.—, 6. Kreis Hofenholzer Vorstadt und Gendarmenbrunn 600.— (darunter von einem Strafenleger 1.—), 6. Kreis Moabit 120.— (darunter durch Grosche 1.70, W. Viersenstraße 3.—, Priesenklub 2. R. 3.—), 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 650.— (darunter vom Typsetzer Ad. alt 8.—, von Kaufmann alt 13.—, Partei nach Freiwalde für die Flotte 28.50), 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 600.— (darunter Müller vom Frühkonzert durch Behufeld 2.—, alter Parteigenosse Buchdruckerstraße 10.—, mit dem Wöbeln, über den See gefahren 2.40, A. S. W. R. 1.—), Berlin, diverse Beiträge: Dr. L. H. 50.—, A. R. 30.—, von der Taufe des Gemeindegel. 1.60, A. U. durch W. S. 30.—, Militärschneider-Veranstalt. Bilder, Französischerstraße 55 20.—, Sechs Gutmacher, Köpfiger 25. 10.—, Fr. M. 3.—, Chamissoplatz, Salomonstr. 7.50, Jule, Ritterstr. 2. Quartal 24.85, W. S. 50.—, A. S. 50.—, Arbeiter u. Arbeiterinnen der Buchbinderei v. Wabing 15.—, Leses. u. Diskutterklub 2. Jakob 20.—, Leses. u. Diskutterklub der „Freunde“ 10.—, Weisig 1.—, Gesangverein Fontäne 4.20, Ostel 1.—, Note Buchbinder, Grünstraße 5.—, U. d. Mittel. d. Verbands deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 100.—, U. d. Mittel. d. Gewerkschaft der Buchdrucker im „Vorwärts“ 10.—, von Mittel. d. U. Dr. 7.—, Gutenberg 200.—, Bochum, Verkauf von Zeitungen d. A. J. 4.50, Bochum, Parteibeitrag 25.—, Bremen, Arb. d. Tagelöhner, Busch, Arbeitsverdienst-Prozent v. 1. Mai 21.10, Bremen 50.—, Braunschweig, von den Genossen der Stadt Braunschweig durch den Vertr. D. 400.—, Bremen, von Genossen 300.—, Verbands Mithras 300.—, Bremerhaven, durch F. V. 100.—, Breslau, ehem. Gewerkschaftler, Quartalsb. 3.—, Varnberg, Jüdelin, Rogbach 5.—, Cassel, v. Parteig. 300.—, Chemnitz, rote Auktions bei Mecklenstr. 4.—, Darmstadt, Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau 200.—, Durlach, von den Parteigenossen 60.—, Euing, rote Auktions in B. bei Dortmund 3.10, Erfurt, Wahlkreis Erfurt-Schl.-Siegler 25.—, Falkenberg (Oberh.) 2.—, Hildesheim, durch den Vertrauensmann 100.—, Friedrichsort bei Kiel, A. L. —, 60. Hark, durch H. G. 200.—, Gera (Neuh.) 100.—, Greiz, Wahlkreis Neuh. i. L. 50.—, Gießen, E. R., zweites Quartal 30.—, Harburg, 17. hannoverscher Wahlkreis 800.—, Hastedt bei Bremen, von Genossen 10.—, Hamburg, im Monat Juni in der Expedition des „Echo“ eingegangen 382.85, Hahlfurt a. M., 2. Mäher 3.—, Hannover 1000.—, Hamburg, Cigarrenfabrik Otto, St. Pauli, Parteilist. 65, 26.50, Jena, dritter weimarerischer Wahlkreis, 2. Quartal 30.—, Kottowitz, S. 2.—, Herrmann 0.50, St. 0.50, Sa. 3.—, Ludwigshafen a. Rh., vom Gauvorstand der Pflanz 200.—, Löwenberg i. Schl. durch den Vertr. 10.10, München, Waldläufer 5.—, Magdeburg, von den Parteigenossen 30.—, Nordhausen, von den Parteigenossen durch B. 10.—, Nordhausen, von den Tabakarbeitern der Fabrik F. F. Verbe 5.—, Offenbach a. M., Wahlkreis Offenb.-Dieburg 500.—, Odenwald bei einem verregneten Ausflug des Arbeiter-Sängerbundes 7.25, Ottenen, durch Poulsen 10, Kate 10.—, Oeldeken im Vogtlande, von den Parteigenossen 50.—, Oberlangensiedau, Arbeiter aus dem Eulengebirge 100.—, Pforzheim, von badischen Genossen 40.—, Nürnberg, gemäßigtes Verbandsmitglied 4.40, Stettin, Socialdemokratischer Wahlverein 700.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Schwäbischer Jungvolkverein 250.—, Württemberg 50.—, Würzburg, Socialdemokratischer Verein 50.—, A. J. 3. 2000.—, Zeitz, Wahlkreis 3. B. R. 100.—

Berlin, den 7. Juli 1900.  
 Für den Parteivorstand:  
 A. Gerlich, Kreuzbergstr. 30.

### Militärische Betrachtungen zur Lage in China.

Ein militärischer Fachmann schreibt uns:

Wir wollen uns bei den folgenden Erörterungen einer näheren Untersuchung jener militärischen Ereignisse, von welchen die chinesischen Wägen in erster Linie veranlaßt wurden, enthalten, obwohl sie Stoff genug bieten. Schon der Widerspruch, der darin liegt, daß man über die Chinesen, während man in Peking eine Gesandtschaft unterstellt, also China diplomatisch als zivilisiertes Reich anerkennt, in militärischer Hinsicht mit Anzügen, Strafexpeditionen, also wie Wilde, behandelt, fordert zur schärfsten Kritik heraus. Doch mag der kurze Hinweis genügen. Leuten wie unsre Blide vielmehr auf die kriegerischen Vorkommnisse der letzten Zeit.

Hier faßen uns auf Seite der vereinigten Mächte zwei Episoden, die die Zwedwirdigkeit solcher internationaler Militäroperationen trefflich darthun, in die Augen. Als die Einschließung der Gesandtschaften in Peking bekannt wurde, marschierte der englische Admiral Seymour zum Entsatz gegen die Hauptstadt. Die Russen sahen dies mit Beforgnis, aber nicht etwa deswegen, weil der Admiral am Ende geschlagen werden könnte, sondern aus Furcht, daß er Peking vielleicht wirklich erreichen würde. Denn, wäre der englische Admiral als Sieger in die Hauptstadt eingezogen, so hätte er hier längere Zeit die erste Geige gespielt, was für die Russen natürlich höchst unangenehm und nachteilig gewesen wäre. So mag ihnen denn ein Stein vom Herzen gefallen sein, als die Boxer den Minister Seymour zurücktrieben. Aber es kommt noch besser. Die Fremden sind seit 17. Juni in Peking gefangen und die vereinigten internationalen Streitkräfte stehen ungefähr 120 bzw. 170 Kilometer südöstlich bei Tientsin und den Takuforts, sind aber zu schwach, um den Vormarsch anzutreten. Diese Truppen hätten zwar mit der Hilfe Japans innerhalb 6-7 Tagen auf 50 000 Mann und mehr gebracht werden können — von Japan

bis zu den Takuforts ist nicht weiter als von Hamburg bis Bayonne auf dem Seewege — man hätte mit dieser also verstärkten Macht die Gesandten und Fremden in Peking vielleicht wenigstens teilweise noch retten können, aber — und nun zeigt sich die Kläglichkeit militärischer Koalitionen wieder einmal in vollem Glanze — Rußland ist leider eifersüchtig auf Japan. Es will diesem unbedingtem, von England unterstützten Konkurrenten keine dominierende Stellung einräumen und so bleibt der eigentliche Zweck der militärischen Operationen, die Fremden zu retten und die Sicherheit wieder herzustellen, bis auf weiteres verschoben. Inzwischen haben die Chinesen nicht nur Zeit, alle Christen zu massakrieren, wenn sie das wollen, sondern auch hinreichend Mühe ihre Soldaten einzuzugieren und in Verbände zu bringen.

Ferner sehen wir auch bei den chinesischen Wirren wieder das alte Bild, daß die europäischen Mächte trotz ihrer Gesandtschaften über die wahre Kriegsschichtigkeit des Gegners nicht unterrichtet sind, daß sie dieselbe, wie fast immer in Kolonialkriegen, weit unterschätzen. Die Chinesen von heute sind militärisch bedeutend stärker als jene des japanischen Kriegs. Das geht aus den Berichten der Geschwaderchefs und noch mehr aus den Verlustlisten der Verbündeten hervor. Europa wird in China wahrscheinlich noch sehr unangenehme Ueber-raschungen erleben.

Wir möchten hier eine kurze Erörterung der kaiserlichen Abschiedsworte an die nach China reisenden deutschen Seebataillone einleiten. Der Kaiser hat bekanntlich von exemplarischer Strafe und Rache gesprochen. Nun sind solche Aeußerungen ja insofern von Nutzen, als sie die eignen Soldaten zur Energie und Tapferkeit anspornen. Aber leider wirken sie meist auch auf die Energie des Gegners fördernd zurück und gar nicht selten werden sie auf dieser Seite zur Organisation des heftigsten Widerstands benützt. Man braucht sich nur hineinzudenken, wie die Häupter der fremdenfeindlichen Bewegung in China die Wörter „exemplarische Strafe und Rache“ dem Volk nach Umständen auslegen. Sie werden höchstwahrscheinlich behaupten, daß die Deutschen einen Rachezug mit Halsabschnitten, Niederbrennen etc. beschlossen hätten, und dann wird gar mancher Chinese, der andernfalls friedlich geblieben wäre, aus reiner Furcht zu den Waffen greifen. Die Kriegsgeschichte bringt ein drastisches Beispiel dafür, wie Drohungen voranstoßend ein Volk zu einer nie dagewesenen, gänzlich un erwarteten Kraftentfaltung treiben können. Es war im Juli 1792, als der Generalissimus der gegen die französische Revolution marschierenden europäischen Streitkräfte, Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, von Koblenz aus ein Manifest an die Franzosen erließ, in welchem er ihnen die fürchtbarste Rache in Aussicht stellte. Die Jakobiner benutzten die Ausdeutung sehr bald zur Aufforderung des ganzen Lands; der Ruf: aux armes citoyens! (Zu den Waffen, Bürger!) — die Marschälle wurde erst damals zur Nationalhymne — ging durch ganz Frankreich, und die allgemeine Wehrpflicht, die den Franzosen die Mittel gab, der von allen Seiten drohenden Invasion zu wehren, tauchte damals zum erstenmal in Europa auf. Es ist zwar nicht wahrscheinlich, daß die Rede Wilhelms II. ähnliche Folgen in China nach sich ziehen wird, aber direkt unmöglich ist es auch nicht. Die Geschichte zeigt ja bekanntlich sonderbare Zufälle und Zusammenhänge und daher könnte es vielleicht doch geschehen, daß die Forderungsworte des nürnbergischen Kaisers, der das Bild „Völker Europas! Währet eure heiligsten Güter!“ entwarf, das dahindämmende China aufweden und es veranlassen werden, seine neu erhaltenen Arme drohend gegen Europa zu richten.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Aussichten einer Pacificierung Chinas. Selbstverständlich kommt es zuerst darauf an, wie viele Provinzen sich an der Erhebung beteiligen, wobei wieder die Vicelönige den Ausschlag geben. Nun ist es zweifellos, daß die Vicelönige nicht das geringste Interesse an einem Siege der Mächte haben, im Gegenteil wäre es für sie äußerst fatal, wenn diese die Oberhand behielten, denn ein Sieg derselben würde eine Kontrolle der chinesischen Regierung durch Europa bedenklich nahe rücken, eine derartige Kontrolle wäre aber auch für die Vicelönige sehr unangenehm. Im weiteren Hintergrunde eines Erfolgs der Mächte lauert dann auch noch die Austreibung, die dem Vicelönigtum überhaupt ein Ende bereiten würde. Daher haben die Vicelönige von ihrem Standpunkt aus ganz recht, wenn sie den Aufruhr schüren, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß sie nebenbei den Fremden ein freundliches Gesicht machen. So ist es denn gar nicht unmöglich, daß der Aufruhr sich über ganz China verbreitet und wenigstens über einen großen Teil des Reichs.

Sehen wir nun den Fall, die Erhebung nimmt wirklich Riesendimensionen an. Wie wollen die Mächte da pacifizieren? In einer Pacificierung genügen nicht ein paar Siege über die reguläre Armee, sondern hier muß das ganze Land erobert, das ganze Volk niedergeworfen und auf lange Zeit unter eine Militärherrschaft gestellt werden. Für die unendlichen Schwierigkeiten, die solche Pacificierungen bieten, giebt neben Beispielen aus der Vergangenheit (Spanien, Sizilien, Mexiko, Bosnien) die lebendige Gegenwart einen Beweis im südafrikanischen Krieg. Die Engländer haben 200 000 Mann am Plage und dennoch werden sie nicht die Herren der Lage. Dabei ist zu bedenken, daß die südafrikanischen Republikern zusammen nur einen Flächenraum von rund 400 000 Quadrat-Kilometer und eine Einwohnerzahl von etwa 600 000 Köpfen haben. China hingegen weist einen zehnmal größeren Flächenraum auf und zählt nicht weniger als 400 Mill. Einwohner. Dazu ist es reich an Gebirgen, also wie geschaffen für Volkserhebungen. Bei den Boeren standen ursprünglich etwa 6 Proz. der Bevölkerung im Kampf. Machen es die Chinesen ebenso, was allerdings sehr unwahrscheinlich ist, so haben sie die Kleinigkeit von 24 Millionen

Streitern auf den Beinen. Aber auch wenn sich nur 1 Proz. der Bevölkerung an der Abwehr und Vernichtung der Fremden beteiligt, so würden dies doch 4 Millionen Kämpfer bedeuten. Ein solches Aufgebot ist für China gar keine besondere Kriegslast, da schon die aktiven Armeen der großen europäischen Kriegsmächte 1 Proz. der Bevölkerung betragen. Man hofft allerdings, daß China sich nach der Einnahme Peking unterwerfen werde. Peking liegt für eine Eroberung freilich ziemlich bequem, indem es nur 170 Kilometer vom Meere entfernt ist und daher, abgesehen von etwaigen Geschütztagen, in 11 Marschtagen auch bei schlechten Straßenverhältnissen erreicht werden kann. Aber der Wert Peking's sieht und fällt damit, ob der Träger der kaiserlichen Gewalt sich dort befindet oder nicht. Weicht er dem drohenden Annarsche der Verbündeten aus, verlegt er den Regierungssitz in das Innere des Landes, was dann? Sollen dann die Verbündeten weiter in das in heißem Aufbruch befindliche Millionenreich vorrücken, rings umgeben von einem Guerillakrieg sondergleichen? Oder sollen sie in Peking eine neue freundenfreundliche Regierung einsetzen? Thun sie das letztere, so müssen sie in China auch eine Armee zurücklassen, die stark genug ist, diese neue Regierung vor den Angriffen der vertiebenen und denjenigen des Volks, das keine freundenfreundlichkeit will, zu schützen. Wer stellt diese Armee, und vor allem, wer bezahlt sie?

So türmen sich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten. Und selbst wenn es gelänge, sie alle zu überwinden, so würde der gezahlte Preis, namentlich für Deutschland, in gar keinem Verhältnis zu den erlangenen Vorteilen stehen. Die Herren Diplomaten haben sich eben wieder einmal gewaltig geirrt und nun stehen sie und die von ihnen vertretenen Völker vor der Befürchtung. Genau so wie der „kranke Mann“ am Bosporus so lange als hilfloser Greis tagiert wurde, bis er im griechisch-türkischen Kriege zeigte, daß er noch ziemlich bei Kräften wäre, hat man die Chinesen seit dem Kriege mit Japan als eine Nation betrachtet, die mit Leichtigkeit in die Täsche gesteckt werden kann. Es liegt hier wirklich die Frage nahe, warum Gesandtschaften und Militärattachés gehalten werden, wenn trotz ihrer Existenz solche gemeingefährlichen Zeitlimer möglich sind.

### Chinesisches Nachrichtenpiel.

Unser Wahrung in der Sonntagsnummer, den Telegrammen der Sensationsblätter über die chinesischen Vorgänge nicht unbedingten Glauben zu schenken, hat sich als sehr berechtigt erwiesen. Alle jene Nachrichten über chinesische Greuel und Megeleien, die auch unsere freisinnigen Blätter zu vaterländischen Wutstößen veranlassen, haben sich als blanke Erfindungen erwiesen, als Ausgebirten civilisierter Reportergehirne, die es als Berufspflicht empfinden, die Herzen der Leser mit ungeheuerlichen Schandthaten der Chinesen anzuregen.

Diese Erfinder der Schauermärchen verfolgen dabei eine bestimmte Methode. Sie verfahren nach dem dramatischen Recept des durch jähe Abwechslung erregenden Kontrasts. Nachdem sie den Fremden graufige Blutbäder und Niederlagen angerichtet, retten sie sie im letzten Augenblick durch wunderbare Gegenrevolutionen, Heldentum und glückliche Zufälle. Man merkt das Recept der spannenden Reportageromane in diesem wirren Spiel gewissenlos erfundener Meldungen.

Warnten wir am Sonntag, den inheimlichen Greenletogrammen zu trauen, so gilt dasselbe von den heutigen leicht gefärbten Nachrichten. Die Wahrheit ist, daß über die Lage in Peking überhaupt keine zuverlässigen Meldungen vorliegen. Wir wissen nicht vom dem Schicksal der Gesandten. Am sichersten wird man die Dinge beurteilen können, wenn man das Eine festhält, daß die Chinesen sich in einen sorgfältig vorbereiteten Krieg befinden, der längst geplant, durch das Verhalten der Gesandtschaften und den Einmarsch der Truppen jäh ausgebrochen ist; wenn man weiter bedenkt, daß die Chinesen mit guten Waffen gerüstet, militärisch gedrillt sind und mit großer Bravour und Todesberachtung kämpfen.

Zu den Reportermärchen rechnen wir die Geschichte von der Gegenrevolution zum Schutz der Fremden. Dagegen darf als Tatsache angesehen werden, daß in Tientsin schwere Kämpfe stattgefunden haben und die Lage dort fortwährend höchst bedrohlich scheint.

Gefährlich sieht es auch in der Provinz der „Pachtungen“, in Schantung, aus.

**Die Situation in Peking.**  
 Aus den nachfolgenden Telegrammen darf man wohl schließen, daß die Greenletenachrichten vom Sonnabend nicht den Tatsachen entsprechen. Wenigstens scheint sicher, daß bis zum 3. oder 4. Juli nichts dergleichen sich in Peking ereignet hat.

Der deutsche Konsul in Shanghai meldete am Sonntag:  
 Ein Telegramm des Gouverneurs von Schantung besagt:  
 Die Beschießung der beiden in Peking noch bestehenden Gesandtschaften ließ am 3. Juli infolge starker Verluste der Angreifer nach, so daß die Lage der eingeschlossenen Fremden nicht hoffnungslos wäre, falls Munition und Lebensmittel noch vorhanden.

Einen Tag weiter reicht noch ein Telegramm des Reuterschen Bureaus aus Shanghai, daß nach amtlichen Konsularberichten die Gesandtschaften am 4. Juli unversehrt waren und die Chinesen den Angriff auf dieselben eingestellt hatten, so daß nur noch befürchtet werde, daß die darin eingeschlossenen an Nahrungsmangel leiden.  
 Endlich meldet noch das Londoner „Foreign Office“, man sei seit der angeblich auf zuverlässiger Mitteilung beruhenden Meldung des Generalkonsuls in Shanghai, nach der am 3. Juli sich zwei Gesandtschaften noch gehalten hätten, auch unter den Vögeln Zeichen starker Demoralisierung bemerkbar wären, ohne jede neuere Nachricht über die Lage in Peking.

Belanglos ist die Meldung des „Daily Express“, daß für die von ihm verbreiteten Nordgeschichten und Blütromane einzutreten sucht, der Eisenbahndirektor Scheng, welcher das Telegramm mitteilte, wonach die Gesundheitskräfte in Peking am 3. Juli noch unverehrt gewesen seien, sage jetzt, er habe sich versehen, der 3. Juli sei der Tag, an dem die Ueberbringer des Telegramms in Tsinanfu angekommen seien. — Das Shanghai, woher „Daily Express“ seine Nachrichten bezieht, scheint überhaupt nicht bei London zu liegen.

Keinerlei Glaubwürdigkeit verdient eine zweite Kategorie von Peking'schen Schein-Verichten, die sich auf eine Art Gegenrevolution beziehen.

So meldet eine Depesche des britischen Kommodors Bruce aus Taku vom 7. Juli: Es besteht Grund zu der Hoffnung, daß Prinz Tching mit einer Armee in Peking die Gesundheitskräfte gegen Prinz Tuan und dessen Armee und die Bogerschiffe.

Aus derselben Quelle stammt augenscheinlich eine in Brüssel eingegangene Depesche aus Shanghai, einem chinesischen Blatte zufolge seien die Truppen des Prinzen Tching in Peking eingetroffen, um die dortigen Europäer zu verproviantieren und gegen die Aufständigen zu verteidigen. Diese Meldung liegt noch ausführlicher in einer Depesche vor, daß nach der Angabe eines hohen chinesischen Beamten die europäischen Diplomaten in Peking am 2. Juli noch wohl erhalten waren. Nach derselben Quelle hätte ein Teil der Truppen unter Prinz Tching sich den Bogern nicht angeschlossen, vielmehr einen Angriff auf die Aufständigen gemacht. Auch der Gouverneur von Schantung habe dem Prinzen Tuan, der ihm befohlen, sich Rankings zu demütigen, den Gehorsam verweigert. Ein Shanghai'sches chinesisches Journal behauptet, daß Prinz Tching in Peking eine Gegenrevolution unternommen habe.

Alle diese Vorschuldigungen-Telegramme berufen sich auf chinesische Quellen, die natürlich keinen Wert haben.

Von einer Schlacht in Peking berichtet der phantasiervolle „Daily Mail“ aus Shanghai, die Deutschen hätten, als der Angriff auf die Fremden in Peking begann, das Tschien-Mien-Thor besetzt, während der den Bogern feindliche Prinz Tching die übrigen Thore besetzte. Es habe sich ein heftiger Kampf entsponnen, bei dem 2000 chinesische Soldaten und 5000 Boger gefallen seien. Die Deutschen hätten ganz Hervorragendes geleistet, indem sie mit ihren beiden großen Geschützen die engen Straßen an dem Thor rein setzten. Ein Kurier, welcher am 3. Juli aus Peking abgegangen sei, versichere, daß die Gesundheitskräfte mit Nahrungsmitteln versehen seien.

Offenbar erfundene Geschichten.

Mitteilungen eines chinesischen Kuriers, die Berliner Blättern aus London telegraphisch übersandt, verlohnen nicht die Wiedergabe.

Alle Vorgänge schildert eine aus Tientsin am 24. Juni abgegangene Meldung, nach der in Tientsin ein Votum mit Neugierde aus Peking, die bis zum 24. Juni reichend, eingetroffen war. Derselbe meldete, bei den Kämpfen um die britische Gesandtschaft seien fünf Seefoldaten gefallen, ein Offizier und sechs Mann verwundet worden; außerdem seien je ein Franzose, Holländer, Italiener und Russe gefallen und noch einige Europäer verwundet worden. Das Schicksal der Tortarenstadt werde von deutschen Soldaten mit von den Chinesen erbeuteten Geschützen bewacht. Das nächste Thor nach Osten zu werde von General Tung-Fu-Siangs Truppen mit einem Hinterladergeschütz gehalten, während alle übrigen Thore von chinesischen Truppen mit Geschützen besetzt seien.

Veinabe alle Häuser der Chinesenstadt seien verbrannt, ebenso hätten die Boger das innere Thor der Kaiserlichen Stadt niedergebrannt. Alle Missionsgebäude und die meisten Gesandtschaften seien gleichfalls eingeschert, nur die britische, die deutsche und ein Teil der russischen Gesandtschaft seien noch stehen geblieben und würden von Truppen bewacht; auch alle chinesischen Häuser in der Nähe der Gesandtschaften seien zerstört. Die Kaiserliche Stadt werde von den Truppen Tung-Fu-Siangs bewacht, der 20 000 Mann zwischen Peking und Tientsin stehen haben soll. Die Prinzen Tuan und Tching sollen mit 2- bis 3000 mit Gewehren bewaffneten Truppen zum Kampf gegen die Bogers ausgezogen sein, welche Tching gefangen nehmen möchten. Der Votum berichtet, als er Peking am 24. Juni verließ, hätten unter den Ausländern in Peking keine Krankheiten geherrscht, auch sei Frauen und Kindern kein Leid geschehen, aber Nahrung und Schießpulver seien so knapp gewesen, daß die Soldaten nicht zu schlafen wagten, um ihre Munition nicht zu erschöpfen.

Der Korrespondent des „Reuterschen Bureau“ fügt hinzu, der Bericht scheine den Stempel der Wahrheit zu tragen, doch sei er, da er aus chinesischer Quelle stamme, wahrscheinlich beträchtlich übertrieben. Die Lage der Fremden sei zwar unbedingt höchst verzweifelt, dennoch brauche die Hoffnung nicht ausgegeben zu werden, daß die Gesundheitskräfte sich noch einige Zeit länger halten könnten.

#### Die Kämpfe in Tientsin.

Vom Chei des Kreuzergeschwaders ist aus Taku nachstehendes Telegramm vom 7. d. M. eingegangen:

Gabe gestern eingetroffene deutsche und belgische Flüchtlinge aus Tientsin, 16 Frauen, 9 Kinder, 19 Männer mit Geschwader-Dampfer nach Nagasaki gefandt. Nach Mitteilung vom 2. d. M. aus Tientsin ist das Verinden aller Verwundeten gut. Nach Tientsin ist noch immer nur der Wasserweg offen.

Nach einer aus Tientsin Montagmorgen auf dem Foreign Office eingetroffenen, vom 6. d. Mts. datierten Meldung des dortigen englischen Konsuls haben die Chinesen das Feuer auf die fremden Niederlassungen daselbst wieder eröffnet. Die Verbündeten antworteten mit dem Feuer dreier Zwölfpfänder vom Kriegsschiff „Terrible“ und zwangen die Chinesen nach siebenstündigem Kampfe sich zurückzuziehen. Das chinesische Granatfeuer auf die europäischen Ansiedelungen war sehr scharf.

Es verlautet sogar schon, Tientsin werde infolge der Schwierigkeit, die Verbindungen aufrecht zu halten, aufgegeben.

Der „Standard“ meldet aus Shanghai vom 6. d. M., die englischen Seefoldaten, die bisher in Tientsin gewesen seien, hätten sich wieder auf ihre Schiffe begeben und würden durch Japaner ersetzt.

Ueber frühere Kämpfe berichten — nach Telegrammen des „S. T.“ — Meldungen der „Central News“ aus Tientsin vom 4. Juli: Die alliierten Truppen wurden durch chinesische Plänkler sehr belästigt. Gestern Morgen wurde nun in der Absicht, diese Plänkler, hinter denen man nur schwache feindliche Korps vermutete, aus der unmittelbaren Nähe zu vertreiben, eine kombinierte Retrospektionsarmee gemacht. Ein Trupp Russen rückte nördlich zwei Meilen weit gegen den Bahnhof vor. Eine kleinere Abtheilung rückte nördlich vor. Beide Abtheilungen waren eine Meile von einander entfernt. Infolge eines Mißverständnisses unter den Generalen wurden die alliierten Truppen, welche mit den beiden Detachements kooperieren sollten, zu lange zurückgehalten. Inzwischen hatten die vorgerückten russischen Truppen einen heftigen Gegenangriff der Kaiserlich-chinesischen Truppen aus der Eingeborenenstadt auszuhalten. Mit großer Schwierigkeit hielten sich die Russen ihre Gegner vom Golfe, bis Verstärkungen kamen. Die Chinesen eröffneten gleichzeitig mit schweren Geschützen, welche vorteilhaft auf den Stadtmauern postiert waren, eine zweistündige heftige Kanonade auf die Stadt, richteten aber wenig Schaden an. Die europäischen Offiziere waren überrascht durch die Stärke des feindlichen Widerstands, und ihre Ueberraschung wuchs, als man eine starke chinesische Streitmacht entdeckte, welche heimlich aus dem östlichen Teil der Stadt heranstam. Die Aufmerksamkeit der europäischen Offiziere war hauptsächlich darauf gerichtet, den Angriff der Chinesen im Norden zurückzuwerfen. Bevor dem neuen Angriff Schuß gegeben werden konnte, waren die Chinesen bis auf 100 Ellen an die Pontonbrücke in der Nähe der französischen Ansiedlung herangerückt, wo ein heftiger Kampf entbrannte. Die Chinesen nahmen fast ununterbrochene Schüsse ein, da dieser

Stadtteil fast verlassen war, und eröffneten ein heftiges Gewehrfeuer. Die Brücke wurde von einem kleinen Trupp Russen mit einer Gasling-Standorte verteidigt, welche aushielten, bis zwei weitere russische Compagnien eintrafen. Man zog sich die Chinesen plötzlich in die Eingeborenenstadt zurück, indem sie ein fortgesetztes Gewehrfeuer unterhielten.

Die alliierten Truppen wurden auch in ihren geschützten Stellungen in den Salzbepots am gegenüberliegenden Ufer beschossen. Sie waren außer Stande, wirksam auf das chinesische Feuer zu antworten, da der Feind unsichtbar war, am Nachmittag ließ das Feuer allmählich nach, obwohl das Schornsteinfortbanderte. Die russische Verluste waren ziemlich schwer, doch waren die meisten nur leichter verwundet.

Die Operationen des ganzen Tags waren ein Mißerfolg und die Situation ist so dümel wie je.

#### Eine Antwort auf das kaiserliche Angebot

betreffend die Rettung der Fremden in Peking liegt in folgendem Telegramm aus Tsinanfu vor:

„Auf Befehl Ihrer Majestät Telegramm antwortet der Gouverneur von Schantung: „Von jeher war ich in größter Sorge wegen in Peking eingeschlossener Europäer, habe wiederholt versucht, Kundschafter zu schicken, Hilfe zu bringen, bisher vergeblich. Jetzt sind alle Wege nach Peking voll von Rebellen, alle Maßnahmen bieten daher noch weniger Aussicht auf Erfolg. Trotzdem werde ich es für meine Pflicht halten, mein Bestreben zu thun, um Hilfe zu bringen. Inen-Schi-Loi, Gouverneur von Schantung.“

Der Gouverneur von Schantung läßt es an Höflichkeit nicht fehlen. Die anderen Gouverneure scheinen das kaiserliche Telegramm bisher nicht beantwortet zu haben.

#### Kämpfe der Landungstruppe.

Die Londoner Morgenblätter veröffentlichen ein Telegramm aus Shanghai, wonach eine große Abtheilung von Russen und Japanern, wie eine über Ranking eingegangene Depesche aus Bootingfu meldet, längs der Eisenbahn wieder auf Langsang vorgerückt sei und von dort einen Vorstoß nach Huang-Tsin, 18 Meilen südöstlich von Peking, gemacht habe, wo sie den chinesischen Truppen eine schwere Niederlage beigebracht habe. Ueber tausend Chinesen seien gefallen. Der Gouverneur Che-Hiang, welcher bisher den Anordnungen des Prinzen Tuan Folge leistete, habe sich nunmehr der von den Gouverneuren der südlichen Provinzen befolgten Politik angeschlossen. Prinz Tuan habe ein Dekret erlassen, welches den Vicesönigen der südlichen Provinzen androht, sie würden als Verräter behandelt werden.

Der „Regierungsbote“ veröffentlicht einen längeren Artikel über die Vorgänge der letzten Wochen in China und sagt zum Schluß, nach den letzten Mitteilungen der Admirale betrage die

#### Stärke aller Truppen

der fremden Mächte 20 000 Mann in Tientsin und Taku, wogegen die Zahl der chinesischen Aufständigen im dem Gebiet zwischen diesen Städten und Peking auf mehr als 150 000 Mann geschätzt werde. Es sei daher sehr zweifelhaft, ob es möglich sei, eine internationale Truppenabtheilung mit Aussicht auf Erfolg vor Ankauf bedeutender Verpfähungen nach Peking zu entsenden.

Wie den „Times“ aus Shanghai vom 5. d. Mts. gemeldet wird, sind die an diesem Tage fällig gewordenen

#### Zinsen der Peking'schen Anleihe

voll gezahlt worden.

#### Ausdehnung des Aufstands.

Der kaiserliche deutsche Konsul in Tschifu meldet: „Der frühere Gouverneur von Schantung, Yipinghong, ist mit 8000 Mann von Ranking, wo der Gouverneur seinen Aufenthalt nicht wünschte, nach Korden gezogen.“

Nach einer Meldung desselben Konsuls sind die katholische Mission in Tchingtschuan und die amerikanische in Pingtu geplündert worden; die Boger bedrohten die Telegraphenstation Huang-Hien und suchten die Bevölkerung von Tschifu aufzuwecken.

Londoner Blätter veröffentlichen eine Depesche aus Shanghai, derzufolge alle britischen Unterthanen Befehl erhielten, die Provinz Szechuan zu verlassen.

Der katholische Bischof, zwei Priester und zwei Schwestern sind in Peking erkrankt worden. Am 5. Juli telegraphierte die dänische Mission in Hsin-Tung, sie sei von den Bogers eingeschlossen und löme zwei Tage auszuhalten. Eine Abtheilung Kosaken in Begleitung mehrerer Ausländer einschließlich des englischen Konsuls gingen zur Hilfeleistung ab.

Aus Hongkong wird berichtet: Kanton verhält sich vollständig ruhig. Die Geschäfte gehen in gewohnter Weise fort. Die Chinesen erklären einseitig, es würde zu keinen Unruhen kommen, falls Li-Hung-Tschang in Kanton bleibe.

#### Die Mächte.

Eine gemeinsame Verständigung über die Netter-Rolle, mit der Japan von den Mächten betraut werden soll, ist immer noch nicht zustande gekommen. Aus einer privaten Mitteilung aus Kanton erfahren die „Times“, Li-Hung-Tschang habe dem chinesischen Gesandten in London telegraphiert und ihn aufgefordert, er solle darauf bringen, daß England sich mit den Vereinigten Staaten in Verbindung setze, um gemeinsam Japan aufzufordern, mit England und den Vereinigten Staaten zusammen für Aufrechterhaltung des chinesischen Reiches und Einsetzung einer starken Regierung zu wirken. Die drei Mächte sollten sich dann gemeinschaftlich um Unterstützung an alle Mächte wenden.

In Japan selbst sind die strengsten Vorkehrungen zur Geheimhaltung durchgeführt worden, um das Bekanntwerden der japanischen Absichten zu Verhüten und zu Wasser zu verhindern. Die Regierung hat beschloffen, die Streitkräfte in China sofort auf die Stärke von 23 000 Mann und 5000 Pferden zu bringen.

Die Erklärungen des englischen Unterstaatssekretärs Brodrick in der Freitagssitzung des Hauses der Gemeinen lassen keinen Zweifel darüber, daß die englische Regierung im Einverständnis mit der amerikanischen Regierung Japan ein „Mandat“ für die Wiederherstellung geordneter Zustände in China angeboten und erteilt hat. Der „Standard“, das Organ des Lord Salisbury drückt dies ohne diejenige Reserve aus, welche dem Staatssekretär durch seine amtliche Stellung auferlegt war. Der „Standard“ schreibt: „Japan hat also von einer oder mehreren Großmächten das Mandat erhalten. Daß England gewünscht hätte, dies wäre früher geschehen, ist bekannt; und allgemein wird angenommen, daß die Verzeigerung durch die Einwürfe einer festländischen Macht, oder vielleicht mehrerer, herbeigeführt worden ist. Die Worte des Herrn Brodrick scheinen zu bezeugen, daß diese Einwurfe zurückgezogen worden sind. Japan wird, wenn es dies nicht bereits gethan hat, auf die Einladung Großbritanniens in das Unternehmen eintreten; es wird sich dadurch die Dankbarkeit der Vereinigten Staaten erworben haben und laum auf deren freundliche Zustimmung sich verlassen. Mit zwei solchen Unterstützern und Gönnern (supporters and patrons) hätte Japan, auch wenn es keine anderen Bundesgenossen gefunden hätte, nicht zu fürchten brauchen, daß ihm aus seinem Handeln irgend Gefahren erwachsen könnten. Allein eine Nachricht, die heute morgen aus Petersburg kam, meldet, daß die russische Regierung der Aktion Japans zustimmt. Japan hat auch nicht die Absicht, die chinesische Frage ganz zu seinem Vortheil und ausschließlich mit seinen Kräften zu lösen. Das japanische Armeecorps ist nur die Vorhut der großen europäischen und amerikanischen Heerschar, welche allmählich zusammengebracht wird, um die Gesetze Chinas endgültig zu regeln.“

So der „Standard“.

Nun, die Gesetze Chinas werden nicht von der europäischen und amerikanischen „Heerschar“ endgültig geregelt werden — die

vier bis fünf Hundert Millionen Chinesen werden dabei auch ein Wortchen mitreden und zwar das Hauptwort.

Inzwischen hat Japan die Aktion schon begonnen. Zunächst soll es bloß ein Armeecorps verwenden. Wenn sich aber zeigt, daß ein Armeecorps nicht genügt — und thatsächlich ist es nur ein Tropfen auf einen heißen Stein — wer kann verhindern, daß dem ersten Armeecorps ein zweites, ein drittes usw. nachgeschickt wird?

Die Russen — das steht jetzt fest — haben in Ostasien nur wenige Streitkräfte zu ihrer Verfügung und es wird mindestens bis Ende August, das heißt beinahe zwei Monate dauern, bis erhebliche europäische Streitkräfte in Ostasien stehen. In dieser Zeit ist Japan Herr der Lage. Und, wie der „Standard“ sich vorsichtig ausdrückt, „mit zwei solchen Unterstützern und Gönnern, wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika, hat Japan nicht zu befürchten, daß ihm von irgend einer Seite Gefahren erwachsen.“

#### Das deutsche Panzergeschwader

hat Montagvormittag die Ausreise angetreten.

Der Kaiser befahl die sofortige Ausreisefahrt des kleinen Kreuzers „Sperber“ für China. Die Ausreise der Ablosung für den „Seeadler“, welche auf dem Dampfer „Gera“ am 18. Juli stattfinden sollte, wurde inhibiert, da diese Mannschaften auf den „Sperber“ übergehen sollen.

#### England und China.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns unterm 7. Juli:

Die Sturmflut in China findet England, das im himmlischen Reich mehr Handelsinteressen wahrzunehmen hat als irgend ein anderes Land, weniger als je gerüstet, ihr zu begegnen. Es kann mittels seiner Flotte eine Anzahl Vertragshäfen schützen, aber es ist, so lange der südafrikanische Krieg dauert, nicht in der Lage, eine größere Truppenmacht nach China zu werfen. So ist es, abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich aus der zu überwindenden größeren Entfernung ergeben, in diesem Punkt erheblich gegen Rußland und Japan im Nachteil.

In welcher unangenehmer Lage die englische Diplomatie sich seit Jahren im nordöstlichen Asien befindet, ist bekannt. In dem Dualitätsstreit zwischen Rußland und Japan spielt sie nicht weniger als den laufenden Dritten. Sie kann nicht rückhaltlos mit Japan gemeine Sache machen, weil sie sonst von Rußland anderwärts allerbald Schwächen zu gewärtigen hätte, und sie kann auch nicht Rußland helfen, Japan völlig beiseite zu schieben, ohne Rußland ein Uebergewicht in Asien zu verschaffen, das ihr selbst zurecht verhängnisvoll werden müßte.

Daher die unschlüssige, alle Augenblicke auf eine andre Richtung deutende Politik Lord Salisbury's. Sein Herz zieht den englischen Premier auf die Seite Rußlands. Er will seine Nähe haben und glaubt dies am besten durch ein Bündnis mit St. Petersburg zu erreichen. Aber wie sein kolleges Chamberlain sagte, wer mit dem Teufel aus einem Kaps essen will, muß einen langen Löffel haben. Mit all seiner Russenfreundlichkeit hat sich Salisbury immer wieder genötigt gesehen, gegen Rußlands Vorgehen in Ostasien Gegenmaßregeln zu ergreifen. Nachdem er es ruhig geduldet hatte, daß statt Japan Rußland die Früchte des Sieges des ersteren über China einheimste, hat er hinterher allerbald Schritte gegen das Ueberwuchern des russischen Einflusses in China und Korea thun müssen, deren bekanntester die Besetzung von Weihaiwei und die Verhinderung des Heimfalls der Finanzverwaltung von Korea in russische Hände waren und die in Petersburg so unwirksam bemerkt wurden, daß nach Ansicht vieler die Unfreundlichkeit nicht viel ärger hätte sein können, wenn England gleich von vornherein Japan gegen Rußland beigestanden hätte.

Nun ist der Sturm in China ausgebrochen, eine Massenbewegung, über deren wahre Natur sehr widersprechende Berichte einlaufen. Hinter dem Forderungswort: Gegen die Ausländer! können sich die verschiedensten Motive bergen: reaktionäres Vorurteil und heftigster Patriotismus, Reformeinstimmung und Reformeifer, brutaler Haß gegen Zerstörer und edle Entrüstung.

Die Aufgabe, die von den Fanatikern in China bedrohten Europäer zu retten, ist doch nur in Hinsicht der Zeitfolge die erste der aufgeworfenen Fragen. Sonst wird sie durch die Frage überschattet, was nach erfolgter Pacificierung werden soll.

Hier haben sich plötzlich eine ganze Reihe von Stimmen erhoben, welche die „Aufteilung“ Chinas nach Interessensphären, d. h. die Zerlegung des großen Reichs in Schutzgebiete der verschiedenen Großmächte, für unvermeidlich erklären. Andre wollen zwar das Reich ungeteilt erhalten, aber als Ganzes unter europäische Schutzherrschaft stellen, sei es, daß ein gemischtes Kommissariat, sei es, daß eine bestimmte Persönlichkeit das Mandat erhält, unter formeller Beibehaltung der heimischen Regierung die faktische Oberregierung Chinas zu bilden.

Jedenfalls wird die chinesische Frage sich erst dann mit aller drohenden Wucht erheben, wenn der Aufstand niedergeworfen sein sollte.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Juli.

#### Eine neue „Denkschrift“ in Sicht.

Zu der Diskussion der in Aussicht stehenden Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz freuen wir uns, einen kleinen Beitrag liefern zu können, der zeigt, mit welcher emsigen Fleiß Material für die Beratungen im Reichstag gesammelt wird. Von einem unserer Gönner erhalten wir folgende Circularverfügung: Der Regierungspräsident

Posdam, den 11. Juni 1900.

Es besteht die Absicht, dem Reichstag in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes zur Beschlußfassung zu unterbreiten, um durch Verlängerung der gesetzlichen Unterhaltungsdauer der Krankenkassen auf 26 Wochen den Zusammenhang zwischen der Kranken- und Invalidenversicherung herzustellen. Bei dieser Gelegenheit sollen auch diejenigen Bestimmungen des Gesetzes geändert werden, welche sich in der Praxis als abänderungsbedürftig erwiesen haben.

Ich erlaube daher, diejenigen Bestimmungen zu bezeichnen, welche einer Änderung zu unterliegen sein werden, und dabei sich namentlich auch über folgende Punkte zu äußern:

1. Empfiehlt sich eine Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen; ist insbesondere die Ausdehnung des Versicherungszwangs auf alle der Invalidenversicherung unterliegenden Personen erwünscht? — Welche Einschränkungen würden vorzunehmen sein? — Welche Bestimmungen würden namentlich zu treffen sein für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und das Gesinde?

2. Besteht ein Bedürfnis zur Beibehaltung der Gemeinde-Krankenversicherung als Träger der Versicherung?

3. Erscheint es zweckmäßig und durchführbar, die Orts-Krankenkassen so zu organisieren, daß alle im Bezirk einer oder mehrerer Gemeinden beschäftigten versicherungspflichtigen Personen unter Beistimmung der für einen einzelnen oder für mehrere einzelne Gewerbezweige errichteten Ortskrankenkassen einer Ortskrankenkasse angehören (Gemeinde- und Ortskrankenkassen)?

4. Sollen den Arbeitgebern unter Erhöhung des aus eigenen Mitteln zu bestreitenden Anteils an den Beiträgen auf die Hälfte in der Verwaltung der Kassen die gleichen Rechte wie den Arbeitern eingeräumt werden?

5. Empfiehlt sich ein **Anschluss der Orts-Krankenkassen an die Gemeindeverwaltung** in der Weise, daß ein Gemeindebeamter — diese vorbehaltlich der Erstattung der Gehälter durch die Kassen — von der Gemeinde angestellt werde?

6. Ist in das Gesetz eine **deklarierende Bestimmung** aufzunehmen, wonach als „ärztliche Behandlung“ im Sinne des Krankenversicherungs-Gesetzes nur die Behandlung durch approbierte Ärzte (§ 29 der Reichs-Gewerbe-Ordnung) gilt? Welche Ausnahmen sind im Besondere vorzusehen?

7. Ist die durch §§ 6a und 26a des Krankenversicherungs-Gesetzes den Kassen gegebene Möglichkeit der Einführung des Zwanges zur Benützung bestimmter Kassenärzte beizubehalten oder empfiehlt sich die Einführung der freien Arztwahl?

Allgemein oder mit welchen Beschränkungen? Welche Einrichtungen sind im Fall der Einführung der freien Arztwahl zur Verhütung einer über das Bedürfnis hinausgehenden Ausübung der ärztlichen Verordnungen zu treffen?

Sind besondere Vorschriften über die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Ärzten und Kassen zu treffen?

8. Empfiehlt es sich, nach dem Vorgang bei § 30 des Invalidenversicherungsgesetzes in den §§ 6a Ziffer 2 und 26a Ziffer 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes die Worte „oder gesetzliche Ausnahmefälle“ zu streichen?

9. Haben sich die **Befugnisse der Aufsichtsbehörden als unzulänglich erwiesen**? In welcher Beziehung ist eine Verstärkung der Aufsichtsbehörde notwendig?

10. Sollen die **Hilfskassen als gleichberechtigte Träger** der Krankenversicherung beibehalten oder nur noch als Zuschußklassen zugelassen werden?

Es ist ferner anzugeben:

10a. ob und welche von den der dortigen Aufsicht unterstehenden Orts-, Betriebs-, (Fabriks-), Bau- und Innungs-Krankenkassen schon jetzt Beiträge in Höhe von 1/2 Proz. des für die Bemessung der Unterhaltungen maßgebenden Betrages erheben, während sie nur die gesetzlichen Mindestleistungen gewähren und

10b. welche Gemeinde-Krankenversicherungen bei Beiträgen in Höhe von 2 Proz. im letzten Jahre Zuschüsse von der Gemeinde oder von den weiteren Kommunalverbänden erhalten haben.

10c. **Sodann sind in einer Nachweisung diejenigen Orts-Krankenkassen aufzuführen, bei denen Vorstandsmitglieder sich als Angehörige der sozialdemokratischen Partei bemerklich gemacht haben**; es ist hier unter kurzer Darstellung des Thatbestandes anzugeben, ob und in welcher Weise ein Mißbrauch der Verwaltung zu sozialdemokratischen Partei Zwecken in die Erscheinung getreten ist.

Insbesondere sind etwaige Streitigkeiten mit den Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern usw. sowie Veruntreuungen von Kassengeldern, die mit solchem Mißbrauch zusammenhängen, anzuführen.

Die Berichte (den Verichten — Red. d. „Vorw.“) sehe ich bis spätestens zum 10. Juli d. Js. entgegen; ich erwarte, diese Zeit bestimmt innezuhalten.

In Vertretung:  
König.

Die Herren Landräte, sämtliche Registrate, die Polizeidirektionen von Potsdam, Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg, die Polizeiverwaltungen in Brandenburg, Ludenwalde, Rathenow, Neu-Nippin, Wittenberge und Havelberg, sowie die Herren Wasserbau-Inspektoren in Everswalde, Jarßtenwalde a. Spree und Rathenow.

Die vorliegende Umfrage bezieht sich offenbar auf den von uns bereits ausführlich gewürdigten Hoffmannschen Entwurf zur Krankenversicherung.

Die Nr. 10c des Erlasses ist daher von besonderem Interesse, weil sich aus ihr der eigentliche und wahre Zweck ergibt, der mit der Abänderung des Gesetzes beabsichtigt wird. Da werden wieder schöne Nachweisungen zusammengeschrieben werden. Eine hürdische Frage ist die, ob nicht „in Mißbrauch der Kassenverwaltung zu sozialdemokratischen Partei Zwecken“ die Beamten Veruntreuungen begehen. Die Herren im Reichsamt des Innern scheinen wahrhaftig anzunehmen, daß aus den Kopialen der Krankenkassen der sozialdemokratische Parteifonds gespeist wird. Das ist die reine Walfensondphantasie! Uebrigens dürfte es allgemein bekannt sein, daß diese Kassen allgemein mustergerichtet verwaltet werden und Veruntreuungen so gut wie niemals vorgekommen sind, während die Arbeitgeber sehr zahlreich sind, die ihren Arbeitern zwar die Krankenkassenbeiträge abziehen, sie aber nicht an die Kassen abführen.

Der Reichstag kann sich auf eine Denkschrift gefaßt machen, die als würdiges Seitenstück zu der berühmten Schynuren-Sammlung in Sachen der Zuchthausvorlage Zeugnis ablegen wird von der „Sachlichkeit und Objektivität“, mit der man im Reichsamt des Innern an dem Ausbau der „Socialreform“ arbeitet.

#### Die Mülhauser Wahl.

Ein führender Parteigenosse schreibt uns: Der Ausgang der Mülhauser Reichstagswahl hat in Parteikreisen eine große und sehr unangenehme Reberregung hervorgerufen. War man auch vielfach in Anbetracht der eigenständigen Verhältnisse, unter denen die Nachwahl stattgefunden hatte, auf eine Niederlage gefaßt, so nicht in dem stattgehabten Umfange. Der Ausgang der Wahl kommt aber denen nicht überraschend, die Gelegenheit hatten, an Ort und Stelle Beobachtungen zu machen.

Mülhausen ist zwar eine große Industriestadt und die Arbeiter in Mülhausen und Umgegend bilden die große Mehrheit der Wähler. Aber diese Arbeiter, die sich fast ausschließlich aus dem Oberrhein rekrutieren — eingewanderte altdeutsche Arbeiter giebt es verhältnismäßig wenig, darin unterscheidet sich Mülhausen z. B. von Straßburg — sind noch wenig sozialdemokratisch erzogen. Dagegen sind sie ausgesprochene Elsbä-Löhringer und als solche von einem Partikularismus und einer Abneigung namentlich gegen die Altpreußen befeelt, von der man sich im „Reich“ kaum einen Begriff macht. Daß Hidel und Buch selbst Mülhauser sind, hat ihnen allein den Sieg in den Jahren 1890, 1893 und 1898 verschafft. Diese beiden wurden nicht nur von den Arbeitern gewählt, sondern auch von vielen bürgerlichen Elementen, die in der Wahl eines Sozialdemokraten ihrem Protest gegen die Anexion und das elsbä-Löhringische Regierungssystem den schärfsten Ausdruck zu geben glaubten. Daß Buch in der Periode von 1898—1899 verschiedentlich Gelegenheit nahm, bei Erörterung elsbä-Löhringischer Angelegenheiten im Reichstag in schärfster Weise die Reichs- und die elsbä-Löhringische Regierung anzugreifen steigerte seine Popularität, wie das zahlenmäßig bei der Wahl im Jahre 1898 zum Ausdruck kam.

Wenn aber Buch der Stimmung seiner Landsleute im Reichstag entsprechenden Ausdruck gab, so vernachlässigte er — und das muß jetzt, wo die Resultate vor aller Augen liegen, gesagt

werden — um so mehr die sozialdemokratische Erziehung der Massen. Schon seit Jahren hat seine ganze Agitation einen Charakter angenommen, die den immer lebhafteren Widerspruch der einsichtigen Parteigenossen hervorrief und schließlich zu einem Verhältnis führte, daß die Niederlegung seines Mandats als die beste Lösung des Konflikts im Interesse aller Beteiligten erschien.

In der Person Emmels wurde dann ein Parteikandidat aufgestellt, dem grade das fehlte, was die Hidel-Buchische Wahl so rasch möglich gemacht hatte, die elsbä-Löhringische Landmannschaft. Dagegen besaß er das in ausgeprägtem Maße, was der großen Mehrheit der Wähler bisher fremd geblieben war, sozialdemokratische Ueberzeugung und eine dementsprechend getriebene Agitation. Emmel hat sich als echter und reakter Vertreter der Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf bewährt und wurde darin von Bebel und Hoch unterstützt. Ersterer sprach in drei, letzterer in sechs Versammlungen.

Entsprechend diesem veränderten Charakter der Kandidatur und Agitation war auch das Verhalten der Gegner. Was immer für Gegensätze zwischen ihnen bestehen, sie wurden beiseitegesetzt. Es galt unter allen Umständen eine rein sozialdemokratische Wahl zu hinterreden. Der Protestler Abbe Winterer und der protestantische Kulturkämpferisch gesinnte Fabrikant Schlumberger, der beiläufig bemerkt auch Mitglied des deutschen Flottenvereins ist, lagen sich in den Armen. Gab es anfangs noch eine Opposition im katholisch-protestantischen Lager gegen die Kandidatur Schlumberger, so mußte diese auf Geheiß Winterers verkommen und für Schlumberger ins Zeug gehen. Schlumberger, der ca. 1500 Arbeiter beschäftigt, der reichste Mann in Mülhausen ist und im übrigen als einer der schlimmsten Ausbeuter gilt, wurde jetzt als Sohn Mülhausens in den Himmel gehoben. Er verspricht den Mülhauser Industriellen und den Bauern die höchsten Schützölle, den Arbeitern höhere Löhne und Arbeit in Hülle und Fülle. Dagegen wurde Emmel Tag für Tag als „Fremder“ denunziert, dessen Wahl Elsbä-Löhringer und speziell Mülhauser nur Verderben bringe, er war der Kandidat der Berliner Parteileitung, die den gefügigen Emmel an Stelle des selbständigen, ihr auffässigen Buch als Vertreter für Mülhausen haben wolle. Es war eine Agitation, die deutlich zeigte, wie tiefstehend man die Mehrheit der Wähler einschätzte. Buch hat sich auch keineswegs beunruhigt, wie es sich für einen Parteigenossen ziemt. Fortgesetzt wurde sein Name gegen Emmel ausgespielt, aber er vernied es sorgfältig, auch nur mit einem Wort die Wahl des letzteren zu empfehlen und lieferte so den Verdächtigen Emmels und der Partei Wasser auf die Mühle. Von Hidel wird sogar behauptet, er habe in einer Restauration öffentlich erklärt, er wählte Emmel nicht, sondern gebe einen weissen Jetell ab, eine Aeußerung, auf die ein katholisch-protestantischer Blatt sofort aufspielte.

Wägt man ferner fest, daß Schlumberger auf einmal sein wohlthätiges Herz entdeckte, allen möglichen Vereinen Geschenke machte und vielen bürgerlichen Gemeinden Zuschüsse zur Armenkasse zukommen ließ, daß Psaffen, Unternehmer, Staats- und Gemeindebehörden für ihn sich ins Zeug legten, so findet der Wahlausgang seine natürliche Erklärung.

Was die Niederlage für viele eine unerwartet große sein, entmutigen darf sie nicht. Wir haben schon so viele Siege erfochten, daß wir auch eine Niederlage vertragen können. Unsere Wählstoffe, speziell in Elsbä-Löhringen waren Siege, die uns anfangs selbst überraschten, sie waren, wie sich jetzt zeigt, Fallorien geschuldet, auf die unsere Partei nicht bauen kann und bauen darf. Gründliche, systematische Arbeit muß wieder erobert, was momentan verloren ging. Das Menschennaterial zu Siegen ist vorhanden. Die 7681 Stimmen, die Emmel im Mülhauser Wahlkreis erhielt, sind ein fester Stamm, auf den wir bauen, mit dem wir arbeiten können. Emmel selbst nimmt dauernd in Mülhausen seinen Wohnsitz, er kann also systematisch die Agitation und Organisation betreiben und so den künftigen Sieg vorbereiten. Also kräftig ans Werk und vorwärts!

### Deutsches Reich.

#### Neue Rundgebungen Wilhelms II.

Kaiser Wilhelm beschäftigt im Hafen von Kiel das zu dem ausreisenden Geschwader gehörende Linienschiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ und hielt eine Ansprache an die Mannschaften, in der er nach einer Meldung des „Verl. Ztbl.“ sagte:

„Ich seid die erste Panzerdivision, welche ich in das Ausland sende. Bedenkt, daß ihr mit **hinterlistigen, aber mit modernen Waffen ausgerüsteten Gegnern** kämpfen müßt und **rächt vergossenes deutsches Blut**, **ihonet Weiber und Kinder**. Ich werde nicht ruhen, **bis China uideergeworfen ist und alle Vlutthaten gerächt sind**. Ihr werdet mit den Mannschaften verschiedener Nationen zusammen kämpfen, haltet stets gute Kameradschaft.“

Ferner hat der Kaiser an Mac Kinley folgendes Telegramm gerichtet:

Für Euerer Excellenz warme Worte der Teilnahme an der Ermordung meines Vertreters in Beijing spreche ich meinen aufrichtigsten Dank aus. Ich erkenne darin den **gemeinsamen Pulsschlag der Interessen**, die Kulturvölker mit einander verbinden.

Der Kaiser wird sich übrigens am Dienstag auf die Nordlandfahrt begeben.

**Bundesrat und chinesische Wittern.** Sehr verspätet nimmt nun endlich auch der Bundesrat Stellung zum Konflikt mit China. Eine Sitzung des Bundesratsamtschusses für auswärtige Angelegenheiten ist auf Mittwoch, den 11. Juli, anberaumt worden. Wird man sich nun auch des Reichstags erinnern? —

**Weltpolitiker, trinkt Pilsener!** Eine Versammlung Berliner Gastwirthe hat beschlossen, das durch den Flottenzoll erheblich verteuerte Bier abzuschaffen. Jetzt erlassen nur die in ihren heiligsten Gefühlsgefühlern gekränkten F. und M. Camphausen, Vertreter des bürgerlichen Brauhandels in Pilsen, folgende gepanzerte Erklärung:

1. Es ist nicht wahr, daß wir jemals von der Flottensteuer in abfälliger Weise gesprochen haben. Wir sind vielmehr selbst seit Jahren Mitglieder des Flottenvereins und wir haben stets, wo wir hierzu Gelegenheit hatten, unsere Ueberzeugung für die Erhöhung der Wehrkraft unseres Vaterlands durch die Vermehrung der Flotte ausgesprochen.

2. Der auf die ausländischen Biere gelegte Zoll dient zur Beschaffung der Mittel des Reichs für die Vermehrung der Flotte. Die von dem Verein Berliner Gastwirthe angenommene Resolution, möglichst das Pilsener Bier abzuschaffen, ist daher unmittelbar **daranf gerichtet**, die Erträge des Reichs aus dem Bierzoll zu verringern und in weiterer Folge der finanziellen Durchführung des Flottengesetzes Hindernisse zu bereiten.

Wir vertrauen deshalb darauf, daß das den Wohlgeschmack des Pilsener Bieres aus dem bürgerlichen Brauhande in Pilsen lernende Publikum diesem Biere gleichzeitig **in Anerkennung der patriotischen Bedeutung jenes durch die Vermehrung der Flotte bedingten Zolles**, treu bleibt und jenes Bier nach wie vor dem nach Pilsener Art gebrauten Biere vorziehen wird.

Nach dieser Rundgebung wird kein Weltpolitiker mehr im Zweifel sein, was seine patriotische Pflicht ist. Er darf nur noch Pilsener in ungeheuren Quantitäten kaufen, denn mit jedem Glas, das er trinkt,

trägt er sein Scherlein zur Kostendeckung der Flotte bei. Wer gar nicht mehr aus dem Pilsener Bierausfluß herauskommt — einige National-Soziale haben das bereits beschlossen — ist der zweitgrößte Patriot. Denn die allergößten Patrioten sind doch die Flottenvereiner und Weltpolitiker Gebrüder Camphausen, die es sich in vaterländischem Opfermut angelegen sein lassen, Pilsener Bier in ungeheuren Mengen nach Deutschland zu schaffen, um die Mittel für die Flotte aufzubringen.

In dieser Anerkennung, daß die Gebrüder Camphausen neben Schweinburg, Müller-Rulda und den National-Sozialen zu den hervorragendsten und selbstlosesten Flottenpatrioten gehören, kann uns auch nicht das kleine kritische Bedenken beirren, daß die Herren unmöglich „seit Jahren“ Mitglieder des Flottenvereins sein können, inwiefern diese Schweinburgische Gründung erst seit dem April 1898 existiert.

Leider ist Schweinburg nun selbst dem Pilsener Patriotismus abtrünnig geworden; denn er erklärt in seiner Korrespondenz eine klammernde Anti-Pilsener-Rundgebung, in der er den — Czehen den Krieg erklärt:

Mit Recht erregt das Verhalten der Pilsener Brauereien aus Anlaß der mit dem 1. Juli d. J. in Kraft getretenen Erhöhung des Bierzolls die Entrüstung weiser Kreise der deutschen Bevölkerung, namentlich auch Berlins. Denn es ist in der That ein starkes Stück egoistischer Dreistigkeit, den Berliner Konsumanten einen übermäßigen Preisaufschlag zuzumuten, während man in Dresden und in Hamburg von einem solchen absteht, und noch dazu diesem Gebahren die Krone durch Hohnworte in Bezug auf die Flottensteuer aufzulegen. Man kann sich unter diesen Umständen nur nachdrücklich der von dem Berliner Gastwirtheverbande und einem Teil der Presse an das Berliner Publikum gerichteten Aufforderung anschließen, die Pilsener Brauereien von jeder Möglichkeit eines Beitrags zu den Kosten der Flottenverfäuerung zu befreien, indem man in der Folge auf den Genus von Pilsener Bier ganz verzichtet. Das ist die einzige würdige Antwort, welche Deutsche auf die egoistische Anrempelung aus Anlaß der Erhöhung des Bierzolls geben können.

Schweinburg gefährdet durch diesen Aufruf zum Boykott des Pilsener Bieres ernstlich die ganze Welt- und Flottenpolitik; denn woher sollen die Mittel kommen, wenn kein Pilsener Bier mehr eingeführt wird? —

Auf dem Grabe der Weltpolitik pflanzt die Hoffnung der ewig hoffnungsbelige Nationalsoziale in der „Welt am Montag“. Warum haben die Sozialdemokraten Mülhausen verloren? Nationalsoziale Antwort: weil sich die reichsständischen Arbeiter just in dem Augenblick zum Flottenwahn befeuert haben, da er in seiner ganzen Gemirgefahrlichkeit und Absurdität sich entfaltete hat. Schlumberger sei Flottenquämer. Wer für ihn stimmte, stimmte damit der Weltpolitik zu und — sigen wir der Vollständigkeit hinzu — dem Ganzoll.

Wir wollen nun den Flottenräumer keineswegs zu befehren suchen und ihm den Beweis führen, daß die von uns angegebenen Gründe — der Helloseher der „W. a. W.“ nennt's „herausreden“ — den Thatfachen entsprechen. Wir wollen ihn auch nicht an den fast gleichzeitigen glänzenden Sieg in Waldenburg erinnern, nicht davon hinwegweisen, daß wir im Jahre 1898 in demselben Mülhausen mit sehr großer Stimmzahl triumphieren konnten, obwohl wir auch damals gegen die Welt- und Flottenpolitik agitirten. Aber eine Kleinigkeit hat der nationalsoziale Herr in seinem Hoffnungsstrom übersehen. Die Uerikalen Protestler, die ihre Anhängermassen ins Schlumberger Lager trieben und dem Kompromißkandidaten den Sieg zuschlangen, haben im Reichstag gegen die Flottenvorlage gestimmt und sind leidenschaftliche Gegner der Weltpolitik. Sind diese Tausende von Wählern nun auch durch eine plötzliche Flottenbelehrung der Schlumbergerischen Weltpolitik gewonnen worden? Warum ist Hello so befeuert? Warum begnügt er sich, einige laune Sozialdemokraten nach China abmarschieren zu lassen, warum verflücht er nicht noch das weitere Wunder, die Bekehrung des Uerikalen Protestertums zur „Weltpolitik“? —

**Furcht vor der Sittlichkeit.** Bertels „Tageszeitung“ ist wegen der Folgen ihres Artikels für die Iox Heinze befragt. Sie befragt offenbar, daß sich nächstens das ländliche „Gefinde“ weigern wird, in „simultanen“ Räumen zu schlafen. Denn die Sittlichkeit hat nach einer von dem genannten Blatt gebrachten Mitteilung sogar Dienstboten in Berlin angestekt. Die „Tageszeitung“ hat folgende Geschichte „zur Dienstbotenfrage“ ans Licht gebracht:

„Die Dienstbotenfrage ist in der letzten Zeit nach verschiedenen Seiten hin öfter besprochen worden. Ein kleiner Beitrag wird uns von einer nahezu 40 Jahre alten Köchin geliefert. Diefes Mädchen diente bei einem Künstler im Westen der Stadt und war drauf und dran, ihm seine sämtlichen kleinen Kunstfachen aus der Wohnung auf den Boden zu tragen. Als der Künstler sie zur Rede stellte und ihr einschärfte, daß sie mit den Sachen weiter nichts zu machen habe, als sie von Staub rein zu halten, erwiderte sie entrüstet, nackte Puppen wische sie nicht ab, da sie auch Scham habe, kündigung den Dienst und ging. Nun kam sie in eine Kaufmannsfamilie am Oranienburger Thor. Der Mann hat einen polnischen Namen. Der Köchin fiel es auf, daß sein Name auf Briefen mit „K“ endigte, der seiner Frau dagegen mit „ka“. Unter solchen Umständen glaubte sie nicht an eine rechtige Heirat und zog wieder, da sie in einer „solchen“ Familie nicht dienen könne.“

Es würde in der That eine gefahrliche Geschichte werden, wenn die Aufsätze der „Deutschen Tageszeitung“ zur Iox Heinze den Erfolg haben sollten, die Dienstboten der agrarischen und verwandten Herischosten zur „Sittlichkeit“ aufzureizen. —

**Der diesjährige Friedenskongreß.** Soll heißen Kongreß der sogenannten Friedensgesellschaft, soll am 30. September in Paris zusammenreten. Er wird sich also unmittelbar dem ernsthaften Friedenskongreß anschließen, welchen die einzige wirkliche Friedensgesellschaft abhält: Die internationale Socialdemokratie. Alle Achtung vor den wohlmeinenden Schwärmern der Friedensgesellschaft, sofern ihre Mitglieder nicht led für Flottenvorlagen stimmen, wie es deutsche Friedensgesellschaften thun, aber schwer wird es uns zu verstehen, wie es noch vernünftige Menschen geben kann, die nach dem fauchiden Schwind der Haager Konferenz und bei dem ersten Auslobern des Weltbrands, den der Kapitalismus jetzt in Ostien entzündet hat, noch ehe der sibö-asianische Raubkrieg zu Ende ist, an die Möglichkeit des Friedens innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft glauben.

**Abnahmen für Fosjüge.** Wie officiös bekannt gemacht wird, darf der kaiserliche Hofzug auf 195 Nebenbahnstrecken mit größerer Geschwindigkeit als die sonst zugelassenen 30—40 Kilometer in der Stunde fahren.

### Ausland.

#### Frankreich.

Paris, 6. Juli. In der heutigen Vormittagssitzung der Deputiertenkammer richtete Mirman eine Interpellation an die Regierung über die Mißbräuche, welche bei dem Verkauf von Wolle in Roubois zu Tage treten. Dron verlangt die Unterdrückung des Terminhandels in Kamming wegen der von der Spekulation getriebenen Mißbräuche. Der Handelsminister Millerand erklärte die Unterdrückung des Terminhandels für unmöglich, doch könne das Parlament ein Gesetz beschließen, durch welches dasselbe geregelt wird. Mirman zieht hierauf seine Interpellation zurück und bringt einen Antrag ein, nach welchem der Terminhandel in Kamming untersagt werden soll.

#### Italien.

Rom, 2. Juli. Die Präsiden des Senats und der Deputiertenkammer haben heute dem König die üblichen Antworten abgeben auf die Thronrede überreicht.

**England.**

**London, 7. Juli.** (Fig. Ver.) Die Enthüllungen über die Zustände in den Feldhospitälern haben das Parlament wiederholt und die Öffentlichkeit unausgesetzt beschäftigt. Die Blätter bringen immer neue Entdeckungen, von denen die einen den Anklagen des Mr. Burtell-Goultz mehr oder weniger entschieden widersprechen, die andern ihnen zustimmen und sie womöglich noch verschärfen. Soldaten schreiben begeistert über die Pflege, die ihnen zu teil geworden ist, Kerze preisen die Rücksichtnahme der Militärbehörden, Militärs den Eifer der Ärzte und Krankenpfleger und so weiter, und für all das giebt es Leute, die genau das Gegenteil behaupten. Ein Versuch der Kontroverse hat mich zu der Ueberzeugung geführt, daß abgesehen von solchen Urteilsunterschieden, die sich aus den Verschiedenheiten der Temperamente und Maßstäben der Urteilenden ergeben, ein Teil der Angriffe und Anklagen auf Gegenseite zwischen den Berufsärzten und den Dilettanten der Krankenpflege zurückgeführt werden muß. Im übrigen wird man die Ergebnisse der Untersuchung abwarten müssen, bevor man mit Sicherheit sagen kann, daß die verantwortlichen Personen irgend welche Unterlassungs- oder Begehrungsstände hinsichtlich der Sorge für die Kranken und Verwundeten auf sich geladen haben. Die Regierung hatte die Untersuchung einer dreiföpfigen Kommission — ein höherer Richter und zwei höhere Mediziner — übertragen wollen, dagegen hat sich aber vorgerufen im Parlament starke Opposition erhoben. Man verlangt unbedingt, daß auch das Laienmitglied in der Kommission vertreten sei. Erst widerlegte sich der Regierungsvertreter (Mr. Balfour). Als aber angesehene Parlamentarier auf beiden Seiten des Hauses die Forderung unterstützten, gab er nach und versprach, die Kommission um zwei Mitglieder aus der Laienwelt zu verstärken.

**Afrika.**

**Michael Davitt bei den Boeren.** Der brave irische Volksmann, der nach Ausbruch des südafrikanischen Aufstandes unter gefährlichem Protest aus dem Parlament als Parlamentsmitglied niedergelagt, ist auf den Kriegsschauplatz zu den Boeren gegangen und hat dort mit ihnen verkehrt, in ihren Farmen, in ihren Dörfern und Städten, in ihren Lagern. Und er hat auch wohl etliche Schüsse mit den verhöhten „Sachfen“ gewechselt, was er freilich nicht erzählt. Er ist seit Anfang des Jahres dort und wurde überall von Hoch und Niedrig, so weit bei diesem schlichten Volk von Hoch und Niedrig die Rede sein kann, als Freund aufgenommen, vor dem man sein Geheimnis hat. Er zog aus als Kriegs-Korrespondent des irischen radikal-nationalen „Freeman“, des Organs der Feiner, zu denen ja auch Davitt gehört hatte, allein seine Korrespondenzen wurden anfangs von den Engländern zurückgehalten und erst in neuerer Zeit kommen sie regelmäßig an, und neben den neuen auch bunt durcheinander die alten. Die Korrespondenzen, von denen ein großer Teil und vorliegt, sind weitaus die besten vom südafrikanischen Kriegsschauplatz, und wenn auch die Sympathie des tapferen Märtyrers für nationale Unabhängigkeit und Demokratie selbstverständlich den Boeren gehört, so ihm seine Sympathien doch der Wahrheit keine Gewalt an. Das Bild, das er von den Boeren dahier und im Feld entwirft, ist überaus anmutend. Einfach, offen und furchtlos. Völlige Einmütigkeit im Kampf gegen die Engländer. Strenge Empörung über die Verbrechen, die den Krieg förmlich herausbeschworen, jedoch höchste Humanität gegen den besiegten oder verwundeten Feind. Davitt erzählt da manche rührenden Anekdote. Den gefangenen und verwundeten Boeren ist es bei den Engländern nicht so gut ergangen. Die Boeren sind eben freie Männer, die für ihre Freiheit aus freiem Entschluß kämpfen, die englischen Soldaten Söldner, unter denen auch viel unsaubere Elemente. Für die englischen Soldaten haben die Boeren durchweg Achtung, weil sie sich gut schlagen, desto größere Verachtung haben sie für die englischen Offiziere. Und es sind schier unglaubliche Dinge, die direkt von deren Unfähigkeit erzählt.

Die Engländer waren von Anfang an den Boeren numerisch weit überlegen; diese gelangten aber bald zu der stolzen Ueberzeugung, daß ein Boer es mit fünf Engländern aufnehmen könne. Und der Krieg hat die Richtigkeit dieser Ansicht bestätigt. Jetzt sind die Engländer freilich gut zuhause, so stark. In keiner Zeit haben die Boeren mehr als 30 000 Mann im Felde gehabt, und die Ausländer — Deutsche, Franzosen, Holländer, Irländer, Amerikaner — waren nie stärker als 1000 — tausend — Mann! Davitt hat trotzdem das feste Vertrauen, daß die Boeren nicht überwinden werden und den Krieg so lange hinauszuziehen können, bis die Engländer müde werden. Natürlich hofft er mit den Boeren auf auswärtige Verwickelungen. Von den jüngsten Vorgängen in China wußte er noch nichts, als er seinen letzten Brief schrieb.

**Der Frieden in Transvaal** dürfte sobald noch nicht wieder hergestellt sein. Lord Roberts hat den Minengesellschaften mitgeteilt, daß ihre Angelegenheiten frühestens im Monat September nach Johannesburg zurückkehren könnten. — Es ist noch sehr die Frage, ob es den Engländern gelingen wird, die Boeren bis dahin so vollständig niederzuschlagen, daß die Thätigkeit in den gewerblichen Betrieben wirklich schon aufgenommen werden kann.

**Partei-Nachrichten.**

**Ueber den Ausstand der Austrägerinnen der „Frankischen Tagespost“** berichten schadenfroh einige Blätter, deren reaktionäre Haltung ihnen sonst nur selten erlaubt, von einem Streik selbst von viel größerer Bedeutung Notiz zu nehmen, es sei denn, um denselben als Anlaß zu benutzen, die Arbeiter wegen ihrer „Begehrlichkeit“ zu insultieren. Ereignet sich aber einmal der allerdings so ziemlich einzig dastehende Fall, daß eine Arbeiterkategorie in einem sozialdemokratischen Betriebe zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Streik greift, so muß das natürlich schleunigst registriert werden, denn es beweist durchschlagend den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der Sozialdemokratie, womöglich die Undurchführbarkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen überhaupt. Doch wir eine derartige Auffassung nicht zu widerlegen beabsichtigen, versteht sich von selbst; für uns kann es sich nur darum handeln, den unvollständig und unvollständig wieder-gegebenen Vorkfall selbst richtig zu stellen.

Am Donnerstag vor 8 Tagen stellten die Zeitungsträgerinnen der „Frankl. Tagespost“ eine Reihe von Forderungen, die auf eigene Verantwortung hin zu erfüllen der Geschäftsführer unseres Nürnberger Bruderorgans sich außer stande erklärte. Er gab jedoch die Erklärung ab, daß er der Prehkommision die Forderungen unterbreiten werde. Die Trägerinnen hielten es jedoch für angebracht, sofort in den Streik einzutreten. Die Vorstellungen des Gewerkschaftsrates und der örtlichen Parteileitung veranlaßten sie jedoch, die Arbeit alsbald wieder aufzunehmen, um den Einscheid der Prehkommision abzuwarten. In der ordnungsmäßigen Verhandlung wurde den Trägerinnen bewiesen, daß der Verlor nicht in der Lage sei, die Forderungen, die das Geschäft jährlich mit 8000 Mark belastet haben würden, zu bewilligen. Da sie ferner zugestehen mußten, daß die „Tagespost“ ihre Trägerinnen am besten von allen Nürnberger Zeitungen bezahle — sie erhalten 50 Prozent mehr als die Trägerinnen des „General-Anzeiger“ und eben so viel wie die des „Frankl. Kurier“, obwohl sie in der Woche nur 6 Nummern auszugeben haben, gegenüber 18 des „Kurier“ — nahmen sie in einseitiger Weise von ihren Forderungen Abstand.

Das der wirkliche Sachverhalt. Am Verlag unfres Nürnberger Bruderorgans bleibt nicht der geringste Markel haften. Er zahlt die höchsten Löhne und würde sehr gern noch mehr bezahlen, wenn er eben nicht mit den kapitalistischen Verhältnissen zu rechnen hätte, deren Produktionsbedingungen sich innerhalb der kapitalistischen Ära auch ein sozialdemokratisches Zeitungsunternehmen selbstverständlich nicht zu entziehen vermag, was auch die streikenden Austrägerinnen begriffen. Daß die letzteren, sei es auch durch einen übertriebenen Schritt, ihre Löhne zu verbessern suchten, wird ihnen kein Sozialdemokrat verargen. Auf eine Mahregelung der „Aufwiegler“ wird die Kapitalistenpresse jedenfalls vergeblich warten.

**Eine artige Denunziation** leistete sich das Bürgermeisteramt in Orsoy gegenüber einem Parteigenossen. Genosse W. in Orsoy war durch das Wohlwollen seiner Frau verspätet zur Arbeit gekommen und die Folge hiervon war, daß ihm gekündigt wurde. Da derselbe am Ort keine Arbeit bekommen konnte, mußte er sich anderweitig um solche bemühen. In dieser Zeit war vom Militär-Meldeamt W. als das Bürgermeisteramt in Orsoy folgendes Schreiben eingelaufen: „Der im beiliegenden Nationale bezeichneter W. hat am 15. d. Mis. bei der Kontrollversammlung dorthelbst gefehlt. Mit Bezug auf die angehoffene Karte wird um gestl. Mitteilung gebeten, wann und wohin sich p. W. dorthelbst abgemeldet bzw. wann derselbe Orsoy thatsächlich verlassen hat.“ Hierauf erging an das Militär-Meldeamt in Moers seitens des Bürgermeisteramts in Orsoy folgende Antwort:

„Dem Militär-Meldeamt Moers mit dem Vermerken ergeht es zurückschreiben, daß W. sich nicht abgemeldet hat, vielmehr hier noch wohnt. Derselbe hat seine lohnende Arbeit ausgegeben, um die noch lohnendere Stellung eines Agitatoren der sozialdemokratischen Partei zu bekleiden. Seine Reise nach Goch hatte nur den Zweck, dort unter den Arbeitern Unfrieden zu erregen. Eine ganz empfindliche Strafe scheint mir bei diesem Verbrechen am Plage zu sein. Vogel.“

Wie bereits eingangs bemerkt, war W. gegenwärtig arbeitslos geworden. Das Recht derartige Denunziationen nehmen sich ja die Behörden öfter heraus; braucht sich aber ein Arbeiter gleichzeitig auch eine derartige Beschimpfung gefallen zu lassen?

**Von einem schweren Verlust** ist unser Genosse G u e s s e in Paris betroffen worden. Nachdem er selbst eine schwere Operation hatte durchmachen müssen, von der er noch nicht vollständig genesen, starb am 3. d. nach längerer schmerzhafter Krankheit seine Frau im Hospital, wo sie vergeblich operiert worden war. Am Freitag erfolgte die Bestattung durch Feuer. Die bekanntesten Sozialisten Frankreichs begleiteten den hortgeprüften Genossen auf dem Schmerzengang zum Krematorium.

**Gewerkschaftliches.**

**Verkauf und Umgegend.**

**Aufruf an die Bauhandwerker Berlins und Umgegend.**

Seit Montag, den 9. Juli 1900, befinden sich die Fliesenleger Berlins und Umgegend im Erzingung des Stundenlohns von 75 Pf. in einer Lohnbewegung. In 4 Geschäften haben deswegen die Kollegen die Arbeit sämtlich einmütig niedergelagt. Nur in einer Firma ist die Forderung bewilligt worden. An die Kollegen werden Arbeitsberechtigungskarten ausgegeben. Da nun unsere Arbeitsstätten sehr vereinigt liegen, deshalb für uns sehr schwer kontrollierbar sind, eruchen wir die Arbeiterschaft Berlins, namentlich die Bauhandwerker, uns in unsern Kampf gegen das Unternehmertum dadurch zu unterstützen, daß sie jeden arbeitenden Fliesenleger nach der Arbeitsberechtigungskarte fragen und Arbeiter, welche dieselbe nicht aufzuweisen haben, auf die Schädlichkeit ihrer arbeitswilligen Handlungsweise aufmerksam machen.

Die Kommission, Grenadierstr. 33.

**Achtung Stuccature.** Die Sperre über die Firma Postwan Anauer und Westphal ist wegen Bewilligung der geforderten Forderungen aufgehoben.

Gespart ist noch die Firma Jädel-Wilmerdorf. Bezug ist streng fernzuhalten.

**Neuer Streik bei der Werderschen Obstverkaufsgenossenschaft.** Nachdem vorige Woche schon einmal ein Streik bei dieser Gesellschaft in der Markthalle in der Dorothienstraße stattgefunden hätte, der mit dem Siege der Streikenden endete, streikten die Arbeiter am gestrigen Morgen von neuem. Der Leiter der Genossenschaft wollte die in voriger Woche bewilligte Lohnhöhung zurückziehen. Daraufhin verweigerten alle Arbeiter die Arbeit. Die Obstladung konnte deshalb zunächst nur von den wenigen Schiffknechten, die bei der Steuerung der Kähne beschäftigt sind, gelöscht werden. Die anwesenden Frauen der Genossenschaftsmitglieder, die hier den Verkauf besorgen, drangen selbst energisch in den Geschäftsführer, von einer neuen Verkürzung des Lohns Abstand zu nehmen, da durch die langame Entladung des Obstes ein geregelter Verkauf unmöglich würde. Nach etwa zweitägigem Streik wurden die Forderungen der Arbeiter von neuem und definitiv angenommen.

**Verichtigung.** Herr Otto Timm, Hausdiener, ersucht und, richtig zu stellen, daß er in der Verammlung des Gewerkschaftsrates nicht, wie es nach seinem Bericht den Anschein hat, sich für Gründung eines Lokalverbandes der Hausdiener ausgesprochen habe, sondern gegen jede Reorganisation. Ferner habe er für Anschließung seiner Kollegen an den Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein als besondere Sektion gesprochen.

**Deutsches Reich.**

**Maurerstreik in Danzig.** In Danzig haben gegen 900 Maurer die Arbeit eingestellt, weil sämtliche Anfragen an die Unternehmer zwecks Verhandlungen abgelehnt worden sind. Die Forderung der Maurer ist 47 Pf. die Stunde bei 10 stündiger Arbeitszeit. Bis jetzt wurde ein Lohn von 38 bis 45 Pf. gezahlt. Bezug ist fernzuhalten.

**Maurerunterstützung in Frankfurt a. M.** Die Baufirma Androsius hat Donnerstagsabend etwa 20 Maurern gekündigt und dieselben ausgesperrt, weil sie einen Leberst nicht unterschrieben, dem Maurerverband nicht mehr anzugehören. Auf die Nachricht von dieser Maßregel kündigten nun die übrigen Maurer, ca. 20—30, der Firma ihrerseits, so daß kein Verbandmitglied bei derselben mehr in Arbeit steht. Eine gütliche Vermittlung, welche die hiesige Verbandleitung ordn. wurde rundweg und kurz abgelehnt. Bezug ist streng fernzuhalten.

**Für 1000 Arbeiter der Fürther Spiegelindustrie** ist die Arbeitszeit auf die Hälfte reduziert worden. Auch über die Kadelindustrie in Herlochner Industriebezirk ist eine Geschäftsstörung bereingebrochen, die sich in erster Linie für die Arbeiter bitter bemerkbar macht. So treten die Anzeichen des wirtschaftlichen Niederganges, der durch die chinesischen Waren, den die gepanzerte Faust herausbeschworen, noch beschleunigt wird, immer deutlicher hervor.

**Erfolg der städtischen Arbeiter in Mainz.** Die zwischen der Stadt Mainz und den Arbeitern des Gaswerks vereinbarte Lohnhöhung erfordert einen jährlichen Zuschuß von 20 000 M. Die Arbeitszeit der Arbeiter wurde auf 8 Stunden festgelegt. Auch die städtischen Metallarbeiter verlangen nunmehr eine Reduktion der Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden.

**Die katholischen Arbeitervereine und die Dessenität.** In der Zuschrift Zur Stellungnahme der katholischen Arbeitervereine zu den Krankenlöhnen hatte unser Korrespondent unter anderem bemerkt, daß die katholischen Arbeitervereine stets hinter verschlossenen Thüren zu tagen pflegen. Demgegenüber teilt uns ein anderer Mitarbeiter mit, daß ihm in früheren Jahren als Vertreter eines Parteiorgans der Zutritt zu dem Delegiertenrat der in Frage kommenden Vereine gestattet worden sei. Wir halten uns für verpflichtet, diesen Umstand unseren Lesern nicht zu verschweigen.

**Ausland.**

**Zum Ausstand der Schiffarbeiter in Rotterdam** liegen folgende Telegramme des „Wolffschen Depesch-Bureau“ vor:

Die Arbeitgeber haben beschlossen, den auswärtigen Hafenarbeitern gegenüber nicht nachzugeben und haben den Bürgermeister um Schutz für die Arbeitswilligen ersucht.

Wegen des Ausstands der Schiffarbeiter ist die Garnison durch ein Bataillon Infanterie aus Amsterdam und eine Eskadron Kavallerie aus dem Haag verstärkt worden. Der Hafen und der Fluss werden von Kriegsschiffen bewacht. Infolge des Verbots von Ansammlungen kam es am 9. Juli zu einigen kleinen Aufläufen. Militärpatrouillen durchziehen fort-

während die Stadt. Die auswärtigen Arbeiter, welche sich dem Ausstande nicht angeschlossen haben, werden vom Militär beschützt. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Amsterdam telegraphiert: Infolge des Streiks der Schiffarbeiter ist über Rotterdam der Belagerungszustand verhängt. Das Kanonenboot „Dura“ liegt vor dem Hafen. Heute wird ein zweites Panzerschiff erwartet. Bewaffnete Vorposten bewegen sich auf der See. Die Ausständigen veruchten einen Angriff auf ein Rheinschiff, ergriffen aber vor den Seejoldaten die Flucht.

**Ausstand der Erdarbeiter in Havre.** Ein Wolffsches Telegramm meldet vom 8. Juli:

Dreitausend der auswärtigen Erdarbeiter veranstalteten eine Kundgebung gegen das Verbot von Ansammlungen durch den Bürgermeister. Sie bewarfen eine dem Bürgermeister gehörige Apotheke mit Steinen. Die Polizei zerstreute die Tumultuanten.

**Aus der Frauenbewegung.**

Die Plätterinnen und Wäscherinnen Berlins sind, wie bereits mitgeteilt, in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben in öffentlicher Versammlung in Kellers Festsälen, welche am 26. vorigen Monats stattgefunden hat, beschlossen, den Unternehmern einen Lokutaxi zur Annahme vorzulegen, und im Nichtannahmefalle die Kündigung eintreten zu lassen. Nachdem die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiterinnen und den beiden Unternehmern Vereinigungen resultatlos verlaufen sind, haben die Arbeiterinnen beschlossen, das Einigungsamt anzurufen. Am Dienstagabend 9 Uhr nahmen die Unternehmer in Dräsel's Festsälen hierzu Stellung, während die Versammlung der Arbeiterinnen am Mittwochabend in Kellers Festsälen stattfand.

**Niedorf.** Am 3. Juli fand eine Mitgliederversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins statt. Herr Zost hielt einen Vortrag über „Die Frau im Emancipationskampf“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Frau G a r n i c h gab den Kostenbericht und wurde derselben auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Unter Verschiedenem wurde eine Dampferpartie verabredet.

**Der chinesische Krieg.**

**Berlin, 9. Juli.** Vom Chef des Kreuzergeschwaders ist folgende, T a k u, den 7. Juli, datierte telegraphische Meldung eingegangen:

Tientsin wird noch täglich aus den Befestigungen des Arsenal im Westen, den Batterien im Norden und dem Fort in der Chinesenstadt beschossen. Die häufigen Angriffe auf die Fremdenbatterien sind bisher abgewiesen worden, meist unter schweren Verlusten der Chinesen. Unsere Truppen hatten keine, die der übrigen Nationen nur geringe Verluste. Gestern ist ein amerikanischer Transportdampfer mit 1200 Mann, heute ein französischer mit 1400 Soldaten und einer Feldbatterie eingetroffen.

**Frankfurt a. M., 9. Juli.** (B. S.) Der „Frankf. Ztg.“ wird aus London telegraphiert: General Pa hat mit 10 000 Mann Beijing verlassen und ist dicht vor Tientsin. 4000 Mann sind dem Marsch zu ihm und 15 000 sollen in der Chinesenstadt Tientsin sein.

**London, 9. Juli.** (B. S.) Unterhaus. Der Erste Lord des Schatzes, Balfour, teilt mit, es sei ein Nachtragkredit für die Expedition nach China notwendig. Parlamentssekretär des ägypter Brodrick erklärt, ein bereits veröffentlichter, aus chinesischer Quelle stammender Bericht aus Beijing scheine daraufhin, daß der bei den Angriffen auf die Gesandtschaften von diesen geleistete Widerstand auf die Angreifer großen Eindruck gemacht habe. Man habe Grund zu hoffen, daß Prinz Ting, da frühere Haupt des Jung-li-Damen, seinen Entschluß mache, um die Gesandtschaften gegen den Prinzen Tuan und die Boyer zu schicken. Aus den aus Tientsin kommenden Nachrichten gehe hervor, daß weitere Kämpfe dort zu erwarten seien, doch wurde darin keinem Zweifel Ausdruck gegeben, daß die Truppen der Mächte im stande seien, ihre Stellung aufrecht zu erhalten. Brodrick sagt hinzu, daß indische Truppen schon Ende dieser Woche in China eintreffen werden. In Hanstische Gebiete sei es augenblicklich ruhig, aber weitere Marinemausfahrten werden hinaufgeschickt, damit man für alle Fälle vorbereitet sei, dort die Ordnung aufrechtzuerhalten. Bezüglich der Frage, ob die britische Regierung Japan nötigenfalls ihren Schutz zur See während des Feldzugs angeboten habe, erklärt Brodrick, daß keine solche Frage aufgetaucht sei und Japan überhaupt nicht solche Garantien gewährt worden seien.

Der Parlaments-Untersekretär des Kriegsamtts Bhabham erklärt, 71 Festungsgeschütze mit 11 740 Geschüßladungen, 123 Feldgeschütze mit 49 400 Geschüßladungen und 297 Maschinengewehre mit 4 228 400 Patronen seien seit 1805 von englischen Firmen an China geliefert worden. Diese Zahlen seien nicht erschöpfend; sie umfaßten nur die Lieferungen zweier Firmen.

**London, 9. Juli.** (B. S.) Ueber die Verhandlungen mit Japan wegen dessen Hilfsaktion verlaute, daß Japan sein entscheidendes Eingreifen an die Bedingung knüpfte, daß ihm über sein Vorgehen kein Konflikt mit andern Mächten erwachse und daß ihm ein Ertrag geboten werde, der nicht in Landeswerbungen bestehen soll.

**Paris, 9. Juli.** (B. S.) In Kammerkreisen verlaute, die Regierung werde für die China-Expedition vorher bereits bewilligten vier Millionen Frank noch weitere vierzehnhunderttausend Millionen verlangen.

**Rom, 9. Juli.** (B. S.) Das zur Abfahrt nach China bestimmte Truppenkontingent setz sich aus 1862 Mann zusammen. Der Tag der Ausreise ist noch nicht bestimmt.

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**

**München 1. Okt., 9. Juli.** (B. S.) Amtliches Wahlresultat. Bei der am 8. Juli stattgehabten Reichstags-Wahl erzielten von 25 499 Stimmen Schlumberger, Vorzeigung unbestimmt (deutschfreundlich) 17 730 Stimmen, Gummel (Socialdemokrat) 7680 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

**Budapest, 9. Juli.** (B. S.) Im Ackerbau-Ministerium treffen fast aus allen Landesstellen Berichte über Verheerungen der Saaten ein, welche durch Hagel, Regen und Stürme in den Tagen vom 5.—8. Juli verursacht worden sind. Im Siper Komitat traten zwei Flüsse aus; ein großes Gebiet ist überflutet, zwei Personen sind ertrunken. In Nagh-Bocserfeld erkrankten im Lauf der vorigen Woche über 100 Personen an Sonnenstich, 36 starben.

**Paris, 9. Juli.** (B. S.) Die Deputiertenkammer nahm die Vorlage betreffend die vier direkten Steuern mit 302 gegen 36 Stimmen an.

**Paris, 9. Juli.** (B. S.) Der Senat nahm ohne Debatte den von der Deputiertenkammer genehmigten Gesetzentwurf betreffend die Verteidigung der Kolonien an.

**London, 9. Juli.** (B. S.) Eine Depesche des Gouverneurs von Bombay meldet, daß 10 820 Fälle von Cholera, von welchen 6502 tödlich verliefen, in den von der Hungersnot betroffenen Gebieten während der mit dem 31. Juni endigenden Woche vorgekommen sind. Die Zahl der bei den Notstands-Arbeiten beschäftigten Arbeiter nimmt infolge der andauernden Dürre sehr rasch zu. Ein Telegramm des Viceröy besagt, daß Not und Hunger sich gegen jede Erwartung ausgedehnt haben und daß die Aussichten in Rajputane und Central-Indien trübe sind.

**Rom, 9. Juli.** (B. S.) Die Kammer vertagte sich heute auf unbestimmte Zeit.

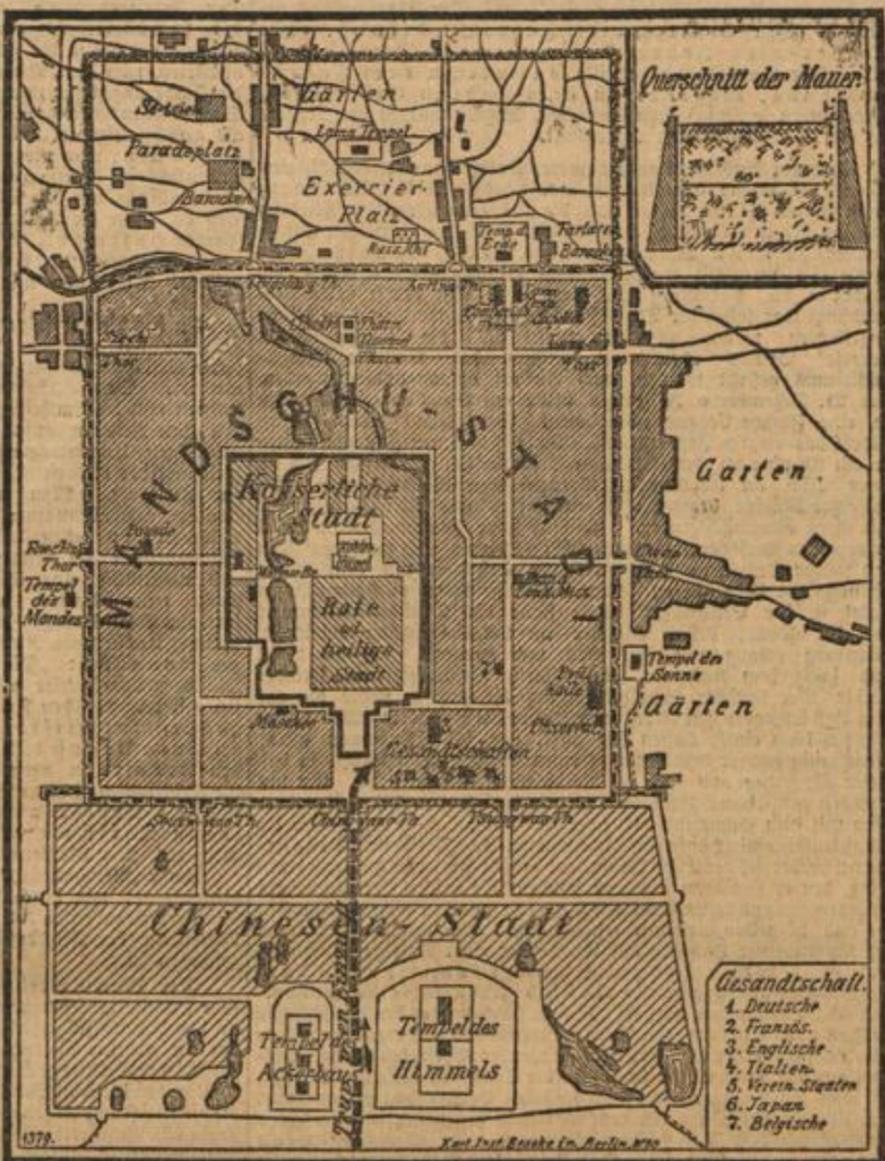
**Konstantinopel, 9. Juli.** (B. S.) Aus Smyrna wird ein weiterer Todesfall an der Pest gemeldet.

Peking.

Peking besteht eigentlich aus zwei, zwar dicht an einander grenzenden, aber doch durch eine hohe Mauer von einander getrennten Städten, der sogenannten Mandschuistadt — auch Tartarenstadt genannt — und der Chinesenstadt. Diese Einteilung stammt aus der Zeit der Eroberung durch die jetzige Mandschudynastie. Erstere enthält in der Mitte die kaiserliche Stadt, in welcher wiederum die rote, verbotene, oder heilige Stadt, ein Viertel für sich, von Wall und Graben umgeben, die eigentliche Residenz des Kaisers von China bildet. Die Tartarenstadt bildet ein Quadrat und ist von einer 24 Kilometer langen, 13 Meter hohen und 11 Meter breiten Mauer umgeben, die im ganzen 9 Thore, je zwei nach Osten, Norden und Westen, und drei nach Süden aufweist. Sämtliche Thore sind durch kleinere äußere Umzäunungen und durch 30 Meter hohe Mäure verteidigt. Auch an den vier Ecken der Stadt sind solche Schutzeinrichtungen errichtet.

Die Straßen der Stadt laufen sämtlich Nord-Süd bzw. Ost-West, schneiden sich also unter einem rechten Winkel. Die Häuser sind einstöckig, die Dächer der Tempel und Paläste sind mit blau bzw. gelbgrün glasierten Ziegeln belegt. Peking ist der Sitz aller Ministerien und höchsten Ämter des Reiches. Die etwas kleinere Chinesenstadt ist ebenfalls mit einer Mauer umgeben, doch hat letztere nicht die enormen Dimensionen wie die der Mandschuistadt. Hier befinden sich großartige Tempelanlagen, unter denen der Tempel des Himmels und der des Ackerbauens den ersten Rang einnehmen. 7 Thore führen aus der Chinesenstadt heraus, 2 nach Norden, 3 nach Süden, je 1 nach Osten und Westen. Die Verbindung mit der Mandschuistadt wird durch 3 Thore hergestellt. Die Gesandtschaften Deutschlands, Englands, Frankreichs, Russlands, Italiens, Spaniens, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Japans und Belgiens liegen südöstlich der kaiserlichen Stadt. In der Tartarenstadt befinden sich auch eine ganze Anzahl von protestantischen und katholischen Kirchen und Krankenhäusern, sowie mehrere Moscheen. Im ganzen leben etwa 200 Europäer in Peking, da diese Stadt dem ausländischen Handel nicht geöffnet ist. Der chinesische Name für Peking ist Kungtscheng oder Kungtu, was sowohl wie „Hauptstadt“ bedeutet.

Aus untrüblichen Kartenbild geht die eigentümliche Anlage der Stadt deutlich hervor. Eben rechts befindet sich ein Querschnitt der großen Mauer, welcher die Mandschuistadt rings umschließt, jedoch zum größten Teil verfallen ist. Rördlich an die Mandschuistadt schließt sich eine rechteckige, von einem Wall mit Graben umgebene Vorstadt an, welche militärische Exerzier- und Paradeplätze, Baracken, einige öffentliche Gebäude, einen russischen Kirchhof und Gärten enthält.



Der Arbeitsnachweis für weibliche Personen zeigte im Berichtsjahre immer noch keine gedeihliche Fortentwicklung. Die Zahl der Arbeitsgelege betrug 3386 (1898 3389), die der verlangten weiblichen Arbeitskräfte 2360 (1898 2184) und die Zahl der mit solchen besetzten Stellen 2105 (1898 1900); von 100 arbeitssuchenden weiblichen Personen erhielten 62,2 (1898 56) Beschäftigung.

Herr v. Thielen und die Bremser. Der Eisenbahn-Minister hat am 8. Mai im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Beratung einer Petition der Bremser und Schaffner über das Einkommen derselben Behauptungen aufgestellt, die die Einzahlung der Petition herbeiführten, deren Unrichtigkeit ihm jetzt aber im „Beitrag der Eisenbahner“ nachgewiesen wird. Herr v. Thielen sagte: „Am bezieht schon gegenwärtig der Bremser im Durchschnitt 1050 M. Gehalt, 210 M. Wohnungsgeldzuschuß, 310 M. Nebeneinnahme aus dem Zugsdienst, macht in Summa 1570 M.“ Aber Herr v. Thielen hat sich falsch informiert lassen: Der Wohnungsgeldzuschuß beträgt in seiner Serviceklasse 210 M. Hätte Herr v. Thielen den Durchschnitt der 6 Klassen (60 bis 240 M.) richtig gezogen, so hätte er die Summe von 112,80 M. erhalten, ein Betrag, der auch bei der Pensionierung zu Grunde gelegt wird. Auch die Nebeneinnahme aus dem Zugsdienst hat Herr v. Thielen unrichtig angegeben. Wie er aus seinem eigenen Etat ersieht laun, werden die Nebeneinnahmen für Schaffner und Bremser auf jährlich 200 M. veranschlagt. Excellenz Thielen hat nicht bedacht, daß die Summe der Fahrgelder noch lange keine reine Nebeneinnahme darstellt, sondern zu einem guten Teil den doppelten Unterhaltskosten dient, eigentlich überhaupt nur zu diesem Zweck gewährt wird. Lebensfalls beziehen die genannten Beamten im Durchschnitt nicht 1570 M., sondern nur 1363 M. Wird Herr v. Thielen ihnen nun die Differenz von 207 M. geben?

Kantinen bei der Eisenbahn. Nicht genug damit, daß der Arbeitgeber Staat wie jeder Unternehmer mit einem Teil des Verdienstes seiner Arbeiter frei schaltet und waltet, auch aus dem Konsum derselben an Verzehrungsgegenständen wünscht er außer der vielschichtigen Besteuerung noch einen besonderen Vorteil zu ziehen. Ihm schweben jetzt, wie die „Bzg. d. B. d. E.“ erörtert, Kantinen vor, wie sie beim Militär bestehen, über deren Ueberflüsse der Vorgesetzte uneingeschränkt zu gemeinnützigen, dem Wohle des Personals dienlichen Zwecken verfügt. Zwar so selbstherrlich wie beim Militär wollte man nicht schalten; wie in Reiningen und Darmstadt, wo bereits derartige Eisenbahn-Kantinen bestehen, würde über die Verwendung des Ueberflusses ein Wohlfahrtsausschuß entscheiden, der aus zwei Beamten (natürlich höheren) und zwei Arbeitern besteht, dessen Beschlüsse aber der Sicherheit wegen der Genehmigung des Inspektionsvorstands unterliegen. Der Plan für die Verwendung des Ueberflusses sieht vor: Anschaffung von Büchern und Zeitschriften (natürlich patriotischen) für ein Lesezimmer, Veranstaltung patriotischer Feiern an den Geburtstagen des Kaisers und des Landesherren usw.

Es ist um so weniger zu begreifen, mit welchem Recht die Verwaltung eine Mitbestimmung über den aus dem Konsum der Bediensteten herauspringenden Verdienst beansprucht, als in dem Artikel selbst ausgesprochen wird, daß die Einrichtung „ohne jedes Risiko für die Verwaltung“ sei. Wenn das der Fall, so lasse man die behördlichen Hände davon. Wie weit soll die Bevormundung der Untergebenen noch getrieben werden?

Ausweisungen. In der Zeit vom 1. April bis 30. Juni dieses Jahres wurden 422 Personen nach Oesterreich ausgewiesen. Die Ausweisungen erfolgten zum großen Teil wegen Kontraktbruchs und auch deshalb, weil sich die Leute ohne Aufenthaltsgenehmigung im diesseitigen Bezirk aufgehalten hatten. Erst gestern wurden nach dem „Ab. Tagbl.“ wiederum von der Polizei 15 galizische Arbeiter über die Grenze geschoben, weil sie auf einem Gute in Posen die Arbeit eingestellt hatten.

Lohnrücker zieht man ins Land; um Verbesserung ihrer Lage lämpfende Arbeiter weist man strads über die Grenze.

Nochmals der Schulunterricht in Rußisch-Galizien. Ein aufmerksamer Leser des „Vorwärts“ schreibt uns:

In Nummer 155 des „Vorwärts“ finde ich unter der Rubrik „Socials“ die Nachricht, daß „nach offiziellem Bericht die Zahl der Kinder, die ohne Schulunterricht in Galizien aufwachsen, 700 000 betrage“. Dies stimmt nicht. Nach offiziellem Bericht beträgt sie etwa 220-230 000, etwa 25 Proz. der gesamten schulpflichtigen Jugend. Ein stetiger Fortschritt ist bemerkbar, und das an sich arme Land wirt für Bildungszwecke ziemlich viel aus.

Diese paar Worte im Interesse der Wahrheit.

Wir sind im Augenblick nicht in der Lage, kontrollieren zu können, ob der Einsender der Verächtlichung oder unser Mitarbeiter sich im Recht befindet. Nach dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften beträgt die Zahl der zum Militärdienst ausgehobenen Analphabeten in Rußland 1898 61,1 Proz. sämtlicher Ausgehobenen. In Oesterreich-Galizien wurden 1898 rund 64 Proz. männlicher und 71 Proz. weiblicher Analphabeten gezählt. Das spricht gerade nicht für die Wichtigkeit der Angaben unseres Lesers. Im übrigen müssen wir es unserem Korrespondenten überlassen, dem Einsender zu antworten.

Gewichts-Beitrag.

Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs gegen sogenannte Konkursmassen. Anverkäufe. Nach § 4 des genannten Gesetzes wird mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft, wer u. a. in der Absicht, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen für einen größeren Personenkreis über die Art des Bezugs und über die Bezugsquelle von Waren, über den Anlaß oder den Zweck des Verkaufs, wissenschaftlich unwahre Angaben tatsächlicher Art macht, die zur Freileistung geeignet sind. Gegen diese Bestimmungen sollten sich die Kaufleute Bod und Berger durch Bekanntmachungen im „Gubener Tageblatt“ und in der „Gubener Zeitung“ vergangen haben. Der Sachverhalt war folgender: Der Kaufmann Jfidor Wehrandt in Berlin, der hier ein Manufakturwarengeschäft betrieb, beschickte außerdem noch in vielen Provinzialstädten Filialgeschäfte, so auch in Guben. Nachdem über das Hauptgeschäft der Konkurs verhängt worden war, kam ein Taxator nach Guben, schätzte den Normalbestand des dortigen Zweiggeschäfts auf 20 000 Mark ab. Dieser Gubener Warenbestand wurde alsbald in Kauf und Lagen für 26 000 Mark an den Kaufmann Bod und einige andre Kaufleute verkauft. Von ihnen erforderte der Kaufmann Berger den ganzen Kram für 30 000 M. mit der Absicht, ihn schleunigst anzukaufeln. Er erhielt mit Hilfe Bods in den Gubener Blättern Reskame-Annoncen und über dem Laden selbst wurde in bekannter Manier ein großes Reskamepalat angebracht. In diesen öffentlichen Bekanntmachungen steht die Bezeichnung „Ausverkauf aus der J. Wehrandtschen Konkursmasse“ versehenemal wieder und es wird darin von „enorm billigen, fest taxierten Preisen“ gesprochen. Hierdurch fühlten sich elf Gubener Geschäftsleute der Konfektions- und Manufakturbranche geschädigt. Sie beantragten die Verhaftung Bods und Bergers wegen unlauteren Wettbewerbs. Das Landgericht verurteilte dann auch die Beschuldigten wegen Vergehens gegen den § 4 des angezogenen Gesetzes zu Geldstrafen von je 300 M. event. entsprechender Haft. Zur Begründung wurde angeführt: Wenn die Angeklagten in jenen Bekanntmachungen von einer Konkursmasse redeten, dann seien das unwahre Angaben im Sinne des § 4 des Gesetzes vom 27. Mai 1896, denn um eine Konkursmasse habe es sich

Unserm neuesten Kurs.

- 1. Waldheim. Genosse Thate-Hattha wegen Verübung groben Unflugs 30 M. Geldstrafe.
2. Arnstadt. 30 M. Geldstrafe der Handschuhmacher David wegen Verübung eines Streifbrosers.
3. Blauen. Wegen unerlaubten Sammelns Genosse Höbisch 30 M. Geldstrafe.
4. Juchow. 5 Monate Gefängnis Genosse Korn-Niel wegen Verübung eines Landrats.
5. Dessau. Ein Landarbeiter aus Jonyh wegen Kontraktbruchs 15 M. Geldstrafe.
6. Erfurt. Die Waier Fröhlich und Böland 18 bzw. 9 M. Geldstrafe wegen Verstoßes gegen die Straßenpolizei-Verordnung.
7. Chemnitz. Genosse Schöpflin 50 M. Geldstrafe wegen Verübung eines Schuhmachermessers.
8. Jwidau. Ein Arbeiter aus Nittersgrün 4 Wochen und 4 Tage Gefängnis wegen Bedrohung.
9. Nürnberg. 5 Monate Gefängnis ein Maurer wegen Verübung eines Offiziers.
10. Lübeck. In der Berufungsinanz Genosse Raich wegen Verübung eines Redacteurs 150 M. Geldstrafe.
11. Berlin. Wegen Verletzung des § 130 des St. G. B. Verwalder Werner 2 Monate Gefängnis.
12. Elberfeld. In der Berufungsinanz Genosse Franke n, Solingen, 5 M. Geldstrafe wegen Verstoßes gegen das Vergele.
13. Hamburg. 1 Monat Gefängnis ein Fensterputzer wegen Verübung eines Streifbrosers.
14. Hamburg. 300 M. Geldstrafe Genosse Röske wegen Verübung eines Polizeibeamten.
15. Dresden. Genosse Schulz e wegen Tragens republikanischer Abzeichen 20 M. Geldstrafe.
16. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Grothe-Rostod 50 M. Geldstrafe wegen Verübung eines Polizeibeamten.
17. Halberstadt. Wegen Verübung eines Polizeibeamten Genosse Haupt 300 M. Geldstrafe.
18. Halle a. S. 22 Genossen wegen Teilnahme am Kaiserfestzug je 9 M. Geldstrafe.
19. Bochum. Drei Genossen je 10 M. Geldstrafe wegen unerlaubter, öffentlicher Verbreitung von Druckschriften.
20. Bochum. 1 Monat Gefängnis Genosse Ostrowski wegen „Aufreizung zum Massenhaß“.
21. Gelsenkirchen. Genosse Schulz 9 M. Geldstrafe wegen Verübung groben Unflugs.
22. Nieschen. Wegen Verübung eines Gendarmen Genosse Jentzsch 15 M. Geldstrafe.
23. Kolbitz. 41 Maurer wegen Veranstaltung bzw. Teilnahme an einem nicht erlaubten öffentlichen Aufzug je 5 bzw. 15 M. Geldstrafe.
24. Peggau. Der Vorsitzende des Socialdemokratischen Wahlvereins 30 M. Geldstrafe wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.
25. Hamburg. Genosse Schulze-Dresden wegen Verübung einer Eisenbahndirektion 200 M. Geldstrafe.
26. Posen. Je 15 M. Geldstrafe der Vorsitzende und Kassierer des Verbands der Zimmerer wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.
27. Dresden. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung der Polierier Pistor-Zaulerode 14 Tage Gefängnis.
28. Berlin. In der Berufungsinanz Schlosser Piesch 50 M. Geldstrafe wegen Verübung eines Referenters der Straßenbahn.

- 29. Arnstadt. Ein Gerber wegen Verübung von Streifbroschen 20 M. Geldstrafe.
30. Halle a. S. Wegen Verübung eines Hausmanns Genosse Thiele 15 M. Geldstrafe.
31. Spandan. 20 M. Geldstrafe Maurer Lemme wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.
32. Dortmund. Genosse Bredendeb 50 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Vergele.
33. Bremen. 2 Holzarbeiter je 6 M. Geldstrafe wegen Streifpostens.
34. Halle a. S. Wegen Verübung groben Unflugs Genosse Thiele 50 M. Geldstrafe.
Zusammen wurde erkannt auf 1 Jahr, 2 Monate, 6 Wochen und 1 Tage Gefängnis, und 1939 M. Geldstrafe.
Berlin, den 6. Juli 1900.
Der Parteivorstand.

Socials.

Der Centralverein für Arbeitsnachweis in Berlin hat im Jahre 1899, wie aus dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht hervorgeht, gegenüber dem Jahre 1898 einen erhöhten Anspruch zu verzeichnen gehabt. Das trifft zu sowohl für die Zahl der Gesuche um Arbeit als auch für die besetzten Stellen. Im Jahre 1899 konnten von 39 177 Gesuchen der Arbeiter 30 363 berücksichtigt werden; im Vorjahre hatten von 34 317 Arbeitssuchenden 24 141 durch die Vermittlung des Vereins eine Arbeitsstelle erhalten. Am stärksten war wiederum der Geschäftsbetrieb im allgemeinen Arbeitsnachweis für ungelernete männliche Arbeiter, in welchem die Zahl der angebotenen Arbeitskräfte 24 174 (1898 19 625), die der von Arbeitgebern verlangten Arbeitskräfte 20 972 (1898 14 963), die Zahl der besetzten Stellen 19 976 (1898 14 533) betrug; von 100 Arbeitssuchenden, die sich im Laufe des Berichtsjahres in die Listen des Arbeitsnachweises einschreiben ließen, wurden bis zum Schluß des Jahres 82,6 (1898 74) untergebracht, von 100 offenen Stellen 85,3 (1898 86,9) besetzt, auf 100 Beschäftigung suchende Arbeiter kamen 86,8 (1898 76,4) offene Stellen. In den 24 174 Gesuchen müssen hinzugerechnet werden 4761 Gesuche von solchen Arbeitern, die durch den Verein nur ganz vorübergehende Beschäftigung nachgewiesen erhielten und deshalb von der Vergünstigung Gebrauch machten, sich gleichzeitig unentgeltlich um eine neue Stellung zu bewerben. Die Gesamtsumme der Gesuche beträgt also 28 035. Diese entfallen aber auf nur 13 318 Personen, von denen 9749 ledig und 2569 verheiratet waren. Nur einmal haben sich in die Listen des Arbeitsnachweises eintragen lassen 8109, zweimal 2155, dreimal 1137; in einzelnen Fällen lagen über 40 und im Höchstfalle 66 Einschreibungen eines Arbeiters vor. Die jugendlichen Arbeiter im Alter bis zu 20 Jahren bilden das Hauptcontingent der Stellensuchenden bei diesem Institut. Im Alter von 14 bis 18 Jahren standen 3254, im Alter von 18 bis 20 Jahren 2132, im Alter von 20 bis 25 Jahren 2991, im Alter von 25 bis 30 Jahren 1899, im Alter von 30 bis 35 Jahren 1222, im Alter von 35 bis 40 Jahren 804, im Alter von 40 bis 45 Jahren 467 n. v. Die Mehrzahl der Stellensuchenden waren Arbeits- und Kaufbüchsen, Hausdiener etc. Im Geschäftsbetriebe der Fach-Arbeitsnachweise, welche der Verein zunächst für Maler, Schloffer und Klempner eingerichtet hat, ist im Vergleich mit dem Vorjahre ein Rückgang der Vermittlungstätigkeit für Schloffer und Klempner zu verzeichnen. Die Zahl der arbeitssuchenden Maler dagegen ist von 7667 im Jahre 1898 auf 8747 im Berichtsjahre, die der gemeldeten offenen Stellen von 5796 auf 8299 und die mit Malern besetzten Stellen von 5476 auf 6712 gestiegen; auf 100 angebotene Arbeitskräfte kamen hier 76,7 (1898 71) besetzte Stellen. Von 1606 (1898 2264) arbeitssuchenden Schloffern wurden 862 (1898 1361) oder 50,8 Proz., von 1174 (1898 1372) arbeitssuchenden Klempnern 708 (1898 871) oder 70,3 Proz. untergebracht.

überhaupt nicht mehr gehandelt. Juristisch sei ein Konkursmassenverkauf nur durch den Massenverwalter selber denkbar, und was nicht juristisch, sei auch nicht wirtschaftlich zulässig. Die Konkursverwaltung sei ferner geeignet, einen Irrtum beim Publikum hervorzuufen, den nämlich, daß es sich um einen wirklichen Konkursmassen-Verkauf handle und daß eine Beteiligung als Käufer mit besonderen Vorteilen verknüpft sei. Ein besonders günstiges Angebot sei hier nicht anzunehmen, da ja der tagierte Geschäftswert des Gubener Lagers durch Verkäufe an Bod und Genossen und dann an Berger schon um 30 Proz. (10.000 M.) überschritten wäre. — Die Angeklagten legten Revision ein und tügten unrichtige Anwendung des Gesetzes. Ihr Anwalt betonte vor dem Kammergericht, für das Publikum habe der Begriff der Konkursmasse noch nicht auf, wenn der Verwalter, wie hier, den Bestand im ganzen veräußert habe und die Masse ohne Abgang und Zugang im selben Geschäftsräume verbleibe. Der Oberstaatsanwalt trat dieser Auffassung entgegen und meinte, ein Konkursmassen-Verkauf sei der unmittelbare Verkauf der Konkursmasse auf Veranlassung und unter Kontrolle des Konkursverwalters. Das Landgericht habe den § 4 mit Recht angewendet. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf die Revision mit folgender Begründung: Der Vordbericht habe ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß die Angeklagten über die Bezugsquelle der Waren wissentlich unwahre Angaben gemacht hätten, denn Berger habe sie von Bod und nicht aus der Konkursmasse bezogen. Im übrigen seien die Ausführungen des Landgerichts zutreffend.

Ein ländliches Sittenbild aus Ostpreußen wurde in der Schwurgerichtssitzung zu Bromberg am 5. Juli entrollt: Dem Rittergutbesitzer v. Trzwiniski-Wendzitowski wurde von einem seiner Leute am 14. Mai mitgeteilt, daß die Tochter des Arbeiters Andreas Zielinski, Hedwig, auhergewöhnlich ein Kind geboren habe, letzteres aber beiseite geschafft sein möchte. Die Anzeige gab v. T. an den Distriktskommissarius zu Zarlowo weiter und dieser beauftragte den Gendarmen Skaliniowski mit den nötigen Ermittlungen. Diefem gegenüber gestand die Hedwig Zielinska am 18. Mai alsbald zu, daß sie am 9. Mai ein Kind weiblichen Geschlechts geboren, daß dieses Kind bis Sonntag, 13. Mai gelebt habe und an diesem Tage durch ihren Vater ermordet worden sei, indem er dem Kinde einen aus Lumpen gebildeten Anäuel in den Mund gesteckt und es auf diese Weise erstikt habe. Der Vater gestand ebenfalls dem Gendarm s. sofort zu, das Kind auf die beschriebene Weise erstikt und noch am Abend desselben Sonntags begraben zu haben. Dann gab er weiter an: Am Sonntag, 13. Mai sei er nachmittags mit seiner Tochter Hedwig allein zu Hause gewesen. Als seine Tochter hinausgegangen war, sei ihm plötzlich der Gedanke gekommen, die Leute könnten ihn und seine Familie wegen des Kindes auslachen und es sei besser, das Kind und damit die Schande zu beseitigen. Zu diesem Zweck habe er ein Stüchlein Leintwand, das auf der Erde lag, genommen, daraus einen Stöpsel gemacht, diesen dem aus dem Rücken liegenden Kinde in den Mund gesteckt und außerdem noch das Oberbein über das Gesicht des Kindes gelegt. Er habe es auf diese Weise ersticken wollen. Das Kind sei auch noch, bevor seine Tochter in die Stube zurückgekommen, gestorben. Als seine Tochter in die Stube zurückgekehrt sei, habe sie das Leintuch vom Kinde abgedeckt und zu weinen angefangen. Die Angeklagte, Hedwig Zielinska, hat dagegen angegeben, daß gleich nach der Geburt des Kindes ihr Vater in Gegenwart der übrigen Familienmitglieder geäußert habe, das Kind dürfe nicht am Leben bleiben, das bringe er um, denn wenn Leute es erfähren, so lachten sie sie aus. Am Sonntag, den 13., seien ihre Mutter und ihre Schwester ausgegangen. Als sie nun allein mit ihrem Vater gewesen, habe er zu ihr gesagt: „Jetzt ist die Zeit; jetzt mache ich das Kind tot, wenn Du das nicht mit ansehen kannst oder willst, so gehe hinaus.“ Sie habe angenommen, sei deshalb hinausgegangen. Die Angeklagten waren auch heute geständig, nur meint der Angeklagte, der Vater, er sei damals ganz wir im Kopf gewesen. Die Staatsanwaltschaft, vertreten durch den Ersten Staatsanwalt Geh. Rath Barisch, beantragte das Schuldig gegen beide Angeklagte wegen Mordes bezw. Teilnahme an diesem Verbrechen und die Geschwornen bejahten die Schuldfragen nach Maßgabe der Anklage. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten Andreas Zielinski auf Todesstrafe und gegen die Tochter wegen Teilnahme am Mord auf 3 Jahre Zuchthaus.

Die Strafe ist überaus hart, besonders wenn man bedenkt, daß nicht brutale Roheit, sondern Armut und Verzweiflung die Triebfeder zur That waren. Wie in einem solchen Fall das Gericht mildernde Umstände verfangen konnte, bliebe ohne den Ort der Handlung unerklärlich.

Ein dreifaches Gaunerstück beschäftigte das Schwurgericht am Landgericht I in einer umfangreichen Sitzung. Wegen wiederholter schwerer Urkundenfälschung und wiederholten Betruges hatten sich der Schlichter Paul Gallert und der Kaufmann Max Wegner zu verantworten. Beide sind vorbestrafte, gänzlich mittellose Personen, die sich als „schöne Seelen“ gefundet und zu einem verbrecherischen Compagnie-Geschäft verbunden hatten. Wegner hatte eine Zeit lang sein Glück in England versucht, dort aber festen Fuß nicht fassen können und war Anfang dieses Jahres nach Berlin zurückgekehrt. Hier lernte er in einem Säänstol den Angeklagten Gallert kennen. Beide waren ohne Stellung und befanden sich in Not, beide hatten das dringende Bedürfnis, ihre dürftige finanzielle Lage aufzubessern und da dies auf ehrlichem Wege ihnen zu beschwerlich erschien, verbanden sie sich zu einem eigenartigen, höchst gefährlichen Eie. Gallert hatte sogenannte Löschzettel in den Besitz und von dieser machten die Angeklagten in folgender verhängener Weise Gebrauch: Mit den geringen Barmitteln, die ihnen zu Gebote standen bezw. die sie sich zu verschaffen wußten, kauften sie Uhren und Ketten von geringem Werte auf und versetzten diese bei dem königl. Leihhause. Die ihnen ausgehändigten Pfandscheine wurden alsdann einer eingehenden „Verbesserung“ unterzogen. Mit Hilfe der Löschzettel wurden die Angaben der Darlehenssumme, der Objekte und Tagewerte auf den Scheinen zum Verschwinden gebracht. Hierauf machte Wegner von seiner „schönen Handschrift“ Gebrauch. Aus den einfachen Uhren und Ketten wurden „goldne“ Uhren und Ketten, die Tage schneller in die Höhe und aus einer Darlehenssumme von 3 M. wurde eine solche von 300 M. Diese so verbesserten Pfandscheine wurden alsdann — zunächst von Wegner — verkauft und fanden bei Privat-Blindhändlern guten Absatz. Von dem Erlöse fristeten die Angeklagten ihr Leben und kauften „Munition“, d. h. neue Ware. Schließlich wurden sie von ihrem Schicksal ereilt. Es sind 12 Fälle solcher Gaunerei ermittelt worden. — Gerichtskommissar Dr. Jeckerich begutachtete, daß die angewendete chemische Substanz berant zusammengesetzt sei, daß sie den Farbstoff sicher entfernte. Ein Heiden sei nicht nötig gewesen, die Scheine seien nur abgewaschen worden und hätten das Aussehen von Blautextils erhalten. Ein Gelbwerden der Scheine trat erst nach längerer Zeit ein. — Den Geschwornen wurden 73 Haupt-, Hilfs- und Unterfragen gestellt. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß die Pfandscheine des königl. Leihhause Verhams zwar öffentliche Urkunden seien, die Angeklagten sich dieses Charakters aber wohl nicht bewußt gewesen seien, so daß ihnen nur Fälschung von Privaturkunden zur Last falle.

Mildernde Umstände wollte der Staatsanwalt den Angeklagten verjagt wissen. Die Angeklagten hätten sich ein unerhörtes Gaunerstück eronnen und mit seltenem Raffinement durchgeführt; ihr Treiben sei äußerst gemeingefährlich, denn die Pfandscheine des lgl. Leihhause würden vermuthlich längere Zeit hindurch einem Mißtrauen im Geschäftsbetrieb begegnen. — Rechtsanwalte Dr. Zwers und Dr. Koch plädierten für mildernde Umstände, die die Geschwornen aber nur dem Angeklagten Wegner zubilligten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Gallert vier Jahre Zuchthaus, gegen Wegner vier Jahre Gefängnis und Ehrverlust gegen beide. Der Gerichtshof verurteilte Gallert zu drei Jahren Zuchthaus, Wegner zu drei Jahren Gefängnis, außerdem zu je fünf Jahren Ehrverlust. Wegner wurden drei Monate auf die Untersuchungsabtheilung angerechnet.

Schwere Anschuldigungen zweier Polizeibeamten beschäftigten gestern die zweite Strafkammer am Landgericht II. Der Schutzmann Julius Allenburg und der Polizeiwachmeister Friedrich Wilhelm Hamann sind im Frühjahr d. J. von derselben Strafkammer zu neun Monaten bezw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hat dann die Sache in die Vorinstanz zurückbewiesen. In der früheren Verhandlung war folgender Thatbestand festgestellt worden: Die beiden Angeklagten waren zu der Zeit, als die nachfolgenden Vorortie Berlin unter die Aufsicht des Berliner Polizeipräsidiums gestellt wurden, nach Nixdorf abkommandiert worden. Am 21. Dezember v. J. gingen beide auf Vogelfängerjagd, wozu sie eine Flasche Cognac mitnahmen. Der Inhalt dieser Flasche bildete das einzige Jagdergebnis. In betrunkenem Zustande kamen sie am Abend nach dem Ottoschen Schanklokal und setzten sich an einen Tisch, an welchem die Vordgardischen Eheleute saßen. In kindischer Manier begannen sie zu spielen und schlugen einander mit ihren Gummischläuchen. Plötzlich sah Hamann dem im Lokal anwesenden Versicherungsbeamten Pinkpang und warf denselben mit solcher Gewalt an Frau Vordhardt, daß diese mit dem Stühle rücklings zur Erde stürzte. Nun gingen sie nach dem Holzmachschen Lokal in der Bergstraße. Dort stand ein Destillationsapparat vor der Thür, dessen Aufsicht im Lokal Geschäfte abwickelte. Allenburg sprang auf den Bod und Hamann ging ins Lokal und sagte dem Aufsicht: „Auf Ihrem Wagen sitzt ein fremder Kerl!“ Der Aufsicht schuldief auf die Straße, stellte den auf dem Bod Sitzenden zur Rede, erhielt aber die Antwort: „Was bilden Sie sich denn ein? Wissen Sie nicht, daß ich Schutzmann bin?“ Gleichzeitig gab er dem Schutzmann einen Stoß vor die Brust, so daß dieser überlich und auf der Vordschwelle liegen blieb. Ein unermittelte gebliebener 10jähriger Knabe erhielt von Allenburg einen Hieb mit dem Gummischlauch über den Kopf, daß er quer über die Straße und in einen Haufen Weichschneebäume slog. Der Vordher Brüggemann verbat sich derartige Rohheiten, erhielt aber von Hamann einen Stoß, den er erwiderte und nun schlugen die beiden Egeedenten auf Brüggemann und dessen Gehilfen Pahlke mit den Gummischläuchen los und prägellen dieselben wüthelweich. Als besonnene Männer den Wachmeister Hamann auf die Gefahr einer Anzeige hinwiesen, sagte er: „Wenn das zur Anzeige kommt, dann darf der Schutzmann nicht mehr das Kind im Mutterleib beschonen!“ Der Polizeileutnant Kuyck gab dem Hamann das denbar schlechteste Bild wie früher. Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Weiske beurteilte die Sache mit derselben Strenge, wie dies die Kammer unter dem früheren Vorsitzenden gethan hatte. Die Angeklagten hätten sich dem Publikum gegenüber in einer Weise benommen, daß das frühere Strafmaß zum allermindesten als gerecht zu erachten sei. Das Urtheil lautete daher wieder unter Verjagung mildernde Umstände auf neun bezw. sechs Monate Gefängnis.

### Versammlungen.

Die Radibpuher hielten am 8. Juli bei Jannasch, Inselstr. 10, eine Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas Kollege Meier die Abrechnung vom letzten Quartal. Diefelbe wurde von den Revisoren für richtig befunden, worauf Kollege Meier Decharge erteilt wurde. Zum zweiten Punkt erstattete Kollege Seiffert über die Sitzung der letzten Zahlstellen-Konferenz Bericht. Ueber den Punkt: Unjer Arbeitsnachweis, ergriß Kollege Leonhardt das Wort, um darzulegen, wie große Vorteile alle Kollegen hätten, wenn jeder den Radweis gewissenhaft benutze. Ein Antrag Leonhardt, daß es nur durch Karte vom Arbeitgeber oder Radweis den Kollegen möglich sein solle, die Arbeitsstelle zu erneuern, wird gegen eine Stimme angenommen; ein zweiter Antrag: zur leichteren Kontrolle würes Arbeitsnachweises drei Mann zu wählen, wird ebenfalls angenommen. Betreffs der Lokalfrage entscheidet die Versammlung, daß die Versammlungen bis auf weiteres bei Jannasch, Inselstr. 10, abgehalten werden.

Die Militäreffekten-Sattler hatten für Sonntag eine Versammlung im Gewerkschaftshaus abgehalten, die von etwa 500 Personen besucht war. Die schon in früheren Jahren begonnene Lohnbewegung, veranlaßt durch eine an das Kriegsministerium gerichtete, von diefer aber bisher immer abgelehnte Petition um Regelung des Submissionswesens zu Gunsten dieser Berufsarbeiter bildete auch in dieser Versammlung den Gegenstand der Tagesordnung. Infolge bisher gemachter idler Erfahrungen ist im Verbandsstatut der Sattler bestimmt, daß eine allgemeine Arbeitseinstellung nur dann zu erfolgen hat, wenn vier Fünftel aller in Betracht kommenden Arbeiter sich dafür erklären. Dieser Anstand sowie das Submissionswesen und die leidige Heimarbeit haben jedes einheitliche und geschlossene Vorgehen in jeder bisher veruchten Lohnbewegung stets vereitelt. Wie schon früher, so hatten auch in diesem Jahre die Arbeiter die Forderungen: Neunstündige Arbeitszeit, 45 Pf. Stundenlohn, für Accordarbeiten einen außerordentlichen Tarif etc. den Fabrikanten unterbreitet. Die gleichzeitig in den einzelnen Werkstätten vorgenommene Abstimmung für etwaige Arbeitseinstellung ergab aber nicht den gewünschten Erfolg, da sich nur etwa zwei Drittel der Arbeiter für den allgemeinen Ausstand erklärten, falls der Tarif von den Fabrikanten abgelehnt werden sollte. Inzwischen ist aber von den Fabrikanten selbst ein Loß mit geringen Lohnaufbesserungen „bis auf weiteres“ ausgearbeitet und Montag, der 9. Juli cr., als Termin zur Einführung desselben festgesetzt worden. Die Arbeiter haben indessen die Unterzeichnung der von den Fabrikanten auch in diesem Jahre an das Kriegsministerium gerichteten Petition mit Recht verweigert, weil die Arbeiterforderungen fast gar nicht berücksichtigt wurden. Nichtsdestoweniger verlangen aber die Fabrikanten von den Arbeitern, daß diese zur Befestigung der Schmutzkonturen mitwirken sollen. Während aber z. B. in Elberfeld bessere Preise als in Berlin bezahlt werden, sind dieselben in Breslau, Görlitz, Offenbach etc. bedeutend niedriger, worauf man im Kriegsministerium keine Rücksicht nimmt. Die Verstattdelegierten waren durch Beschluß einer früheren Versammlung veranlaßt worden, bei den Fabrikanten um Bewilligung des Arbeitertarifs vorstellig zu werden, um in dieser Versammlung darüber Bericht zu erstatten. Nur einzelne hatten zugesagt, die große Mehrzahl abgelehnt. Obwohl Löhne von 12—15 M. nichts

Seltenes, 21 M. schon etwas „gutes“ sind, hatte ein Fabrikant sich u. a. geäußert: „So lange diese Arbeiter noch belegte Stellen haben, geht's ihnen noch zu gut und wird nicht zugelegt.“ Trotz der „schlechten Preise“ sind die Fabrikanten durchweg Hausbesitzer, von denen der eine auch 1000 M. „seiner“ Arbeitern zu einem Vergügen spendete, wofür diese auch keine Lohnforderungen stellten und auch von der Organisation nichts wissen wollen. Der Fabrikant Loh erklärte, daß er überhaupt nicht mit der Lohnkommission verhandeln wolle; ebensowenig könne er zulegen, obwohl ja die Forderungen berechtigt seien, er wolle erst abwarten, was die „Andren“ sagen würden. Wund erlich erklärte die Forderungen für unerfüllbar, da er die Arbeiten auch „in jedem Schusterladen“ bekomme. Cobau erkennt zwar die Forderungen als gerechtfertigt an, will aber erst dann bewilligen, wenn es die übrigen thun; man möge nur darauf dringen, daß die Submissionen einheitlich im Preise vergeben werden. Kluge wäre geneigt, zu bewilligen, um den Streik zu vermeiden. Frey lehrte rumbweg ab, da er die Arbeiter nur „zum Zeitvertreib“ beschäftigt. Die Firmen Hoffmann, Weder, Wichmann und Tremer haben ebenfalls abgelehnt. Scholz Raßsig, in Schönberg ist noch nicht befragt. Thiem und Wittem in Spandau lehnten ebenfalls ab.

In der hierauf folgenden Besprechung über die Frage: „Was gedenken wir zu thun?“ machten sich in der Verammlung zwei starke Strömungen für und gegen sofortige Arbeitsniederlegung bemerkbar. Das Verhalten der Zuschneider mit ihren „besseren“ Löhnen und die Laune eines großen Teils der Kollegen wurde von fast allen Rednern aufs schärfste getadelt und als Hindernis aller bisherigen Lohnbewegungen bezeichnet. Die Verlesung und Vergleichung der beiderseitigen Tarife ergab vielfach eine Differenz bis zu 40 Proz. Man möge daraus die Lehre ziehen, die künftige Lohnbewegung durch andauernde und unermüdete Agitation in allen Werkstätten und unter den zahlreichen Heimarbeitern im Sinne der Arbeiterforderungen vorzubereiten, und namentlich eine Stärkung der Organisation erstreben. Nach einer langen, oft erregten Debatte gelangte unter fortwähernder Unruhe und bei sehr zahlreicher Stimmeneinstimmung nachstehende Resolution Niede mit geringer Mehrheit zur Annahme: „Die am 8. Juli tagende Versammlung der Militäreffekten-Sattler erklärt unter den obwaltenden Umständen sich mit dem von den Fabrikanten vorgelegten Tarif bis zur nächsten Submission einverstanden; ersucht jedoch die Fabrikanten, bei der im August d. J. stattfindenden Submission auf den von den Arbeitern vorgelegten Tarif Bezug zu nehmen. Falls die Fabrikanten diesem Entschluß der Arbeiter nicht nachkommen, sind die Arbeiter entschlossen, nach der Submission ihren Tarif mit allen anwendbaren Mitteln zur Geltung zu bringen.“ Der Meisterarif gilt also vom 9. Juli ab.

Unter „Verschiedenes“ wurde noch von einem Redner darauf hingewiesen, wie durch Anfertigung der Arbeiten Anstehung gefährlicher Krankheiten im Heze herbeigeführt werden, wie es laut Mitteilung der Nixdorfer Zeitung in einem Fall mit der Krüge gezeichnet sei.

Der Verein Berliner Droschkentischer hielt seine ordentliche Mitgliederversammlung für das zweite Vierteljahr am 4. d. M. in den Amin-Hallen ab. Nachdem in üblicher Weise das Anwesen der im zweiten Vierteljahre verstorbenen Vereinsmitglieder Nibel, Witthe und Bellisch geehrt worden war, erstattete der Vereinsvorsitzende Knütler den Geschäftsbericht für den oben genannten Zeitraum, welcher die vielseitige und umfangreiche Thätigkeit des Vereinsbureaus (Schlagenstraße 68) illustrierte. Nach demselben wurden 137 Protokolle in Angelegenheiten aufgenommen, 540 Korrespondenzen erledigt und 168 schriftliche Anfragen betreffend in Droschen zurückgelassener Gegenstände beantwortet. Fundachen wurden 488 eingeliefert, von diesen 259 von den Verkäufern reklamiert und von letzteren 454 M. Funderlohn für die Aufsicht gezahlt. Die Mitgliederzahl vergrößerte sich in abgelaufenen Vierteljahr um 73, insgesamt zählte die Organisation am 1. Juli d. J. 1308 Mitglieder. Das Gesamtvermögen des Vereins betrug zu demselben Zeitpunkt 8166,28 M. Einwendungen gegen den Rechenschaftsbericht des Vorstands wurden nicht erhoben, letzterer wird daraufhin einstimmig entlastet. Nach längerer Debatte entschied sich sodann die Mehrheit der Versammlung wiederum für Veranstaltung einer Kampferpartie in diesem Sommer gegen den Antrag auf Veranhaltung einer Dampfpartie. Der Preis der Teilnehmerkarten für Erwachsene wurde auf 1,50 M., für Ansehlfahrten auf 0,50 M. festgesetzt. — Kinder unter 14 Jahren sind frei — und die Veranhaltung des Wetten dem Vergnügungsansuch übertragen. Bezüglich des Vorgehens gegen das Zriebführer teilte schließlich der Vorsitzende Knütler mit, daß beschlossenermaßen der Vereinsvorstand sich mit den Vorständen der Vereinigungen der Fuhrherren in Verbindung gesetzt habe. Diefel seien der Meinung gewesen, daß mit einer allgemeinen gerichtlichen Klage wenig zu erreichen sein würde, daß vielmehr in einzelnen Fällen vorgegangen werden müsse. Knütler empfahl demzufolge allen Droschkentischern, entsprechendes Material zu sammeln und solches dem Vereinsbureau zu unterbreiten, welches dann die geeigneten Schritte veranlassen werde.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hielt am 5. Juli eine Sitzung ab. Die Abrechnung vom Gemeindefest ergab eine Einnahme von 266,57 M., die Ausgabe betrug 160,50 M. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Abrechnung des Audifusses mit dem ehemaligen Obmann, soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden. Zum dritten Punkt erstattete der Vertreter der Teilarbeiter Bericht über die Angelegenheit der Firma Gebauer. Derselbe giebt bekannt, daß das Einigungsamt des hiesigen Gewerbegerichts es abgelehnt hat, erneute Verhandlungen in die Wege zu leiten. Beschlossen wurde, daß das Einigungsamt nochmals angerufen werden soll, und zwar mit ausführlicher Begründung der Sachlage. Unter „Verschiedenes“ wurde der Antrag betr. Honorierung der Delegierten für die Sitzungen mit Stimmengleichheit abgelehnt. Ein anderer Antrag, der besagt, daß sich die einzelnen Verufe über die prozentualen Beiträge schließig werden sollen und dieser Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werde, wurde angenommen. Es fehlten die Buchhändler.

NB. Der Obmann der Kommission, Otto Fleming, Schlüterstraße 71, hat sich eine Sprechstunde, und zwar Wochenabends von 7—8 Uhr, eingerichtet.

Witterungsbericht vom 9. Juli 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter
Swinemünde	758	W	3wolfig	13	Bayreuth	—	—	—	—
Darmstadt	762	NW	65% bed.	12	Bretzfeld	—	—	—	—
Berlin	761	W	4bedekt	11	Leiz	770	SW	35% bed.	18
Frankf./M.	768	W	2bedekt	10	Herborn	764	SW	1bedekt	14
München	768	W	5wolfig	10	Paris	771	SW	2bedekt	12
Wien	764	W	3bedekt	12					

Wetter-Propgnose für Dienstag, den 10. Juli 1900.  
Wärmer und zunächst ziemlich heiter, bei schwachen südwestlichen Winden; nachher wieder zunehmende Bewölkung und etwas Regen.  
Berliner Wetterbureau.

Im Ceppich-Fabrik-Lager Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 1, läuft man am besten u. billigsten hervorragende Neuheiten in allen Größen und Qualitäten zu bekannt billigen Linsenpreisen in großer Auswahl stets vorrätig.

# Teppiche.

Besonders preiswert ein großer Voste Muster-Teppiche darunter elegante Salon-Exemplare, welche von jetzt ab 33 1/3 % unter Linsenpreis zum Verkauf gebracht werden. Engros- und Lagerräume Hauptstrasse 5-6. Verkaufsraum Hauptstr. 1.

# Schloss Weissensee.

Sonntag, den 15. Juli 1900.

## Großes Sommer-Fest

veranstaltet von den Parteigenossen des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises

### Großem Früh-, Mittags- und Nachmittags-Konzert,

Waffen-Gesängen | Radfahrer-Corso

Auftreten sämtlicher Spezialitäten im See-Theater.

### Großes Brillant-Feuerwerk.

TANZ. Herren, welche aus Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die Kaffeeküche ist von 2-6 Uhr geöffnet.

Jedes Kind erhält beim Eintritt einen Bonus zu einer Stadtlaterne gratis.

## See-Terrasse

Röderstr. 6, Lichtenberg

Größtes Sommer-Etablissement Berlins mit herrlichem 3 1/2 Morgen gr. See.

### Jeden Sonntag:

Großes Brillant-, Land- und Wasser-Feuerwerk

und Schlachtmusik.

Erstklassige Spezialitäten im Variété-Theater.

Grosser Tanz im neuen Bal champêtre

Auftreten der vorzüglichen Tarantella-Kapelle im Gartensaal.

Gesamt-Entree 10 Pf. Kinder frei. Wochentags frei.



## Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.

Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

## Passage-Panopticum.

Der Haar-Athlet Sascha und 15 erstklass. Spezialitäten.

## CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165. Das Liebesdrama im Eisbären-Zwinger.

## Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112. Im Garten oder Saal Täglich: Norddeutsche Sänger.

## Wedding-Park

Haller-Strasse 178. Original Norddeutsche Sänger. Cigarrenhändlern.

## ZOOLOGISCHER GARTEN.

Vorletzte Woche! Ausstellung unserer neuesten Kolonie SAMOA. Noch nie in Berlin gesehen: Das Braten eines ganzen Schweins zwischen Blättern und glühenden Steinen.

## Schweizer-Garten.

Konzert, Theater, Ballett, Spezialitäten-Vorstellung, Ball. Flamenco Familie Patty-Frank. Fritzi Desirée, Hombert und Renardo.

## Max Kliem's Sommer-Theater

Grosses Coppel-Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. - Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. - Donnerstag: Elite-Tag.

## Linde's Zahn-Institut

Zahn-Arzt Dr. phil. Lind u. Linde. Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose. Jeder Versuch befriedigt sicher. Original-Dankschreiben höchster Honorarlisten zur Einsicht.

# Apollinaris

NATÜRLICH KOHLENSAURES MINERALWASSER. Versandt im Jahre 1888 ... 12,720,000 Gefässe. 1899 ... 25,720,000

## Apollo-Theater.

Venus auf Erden. Bernhard Mörbitz. Messter's neue Aufnahmen: Unsere Marine auf dem Wege nach China.

## Deutsche Konzert-Hallen

Spandauer Brücke 3. Großer Naturgarten. Täglich von 6 Uhr ab: Gr. internationale Konzerte.

## W. Noack's Theater.

Der wilde Jäger. Täglich im Garten: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

## Prater-Theater.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Täglich: Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

## Für 30 Mark

Riesenschlager 5000. Krausenstr. 14, 1 (fein Laden).

## Künstl. Zähne

Die Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Köln a. Rh. gewährt durch ihre Pariser Weltausstellungs-Police Versicherung gegen Unfälle aller Art.

## Todes-Anzeige.

Verband der Fabrik-, Land- u. Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlreiche Charlottenburg.

## Robert Meyer,

2 Mariannen-Strasse 2. Stempel, Kautschuk-Typen, Verfertigung zum Anlaufschießen.

## Bettfedernreinigung

elektrischer Betrieb. Grüner Weg 3, 46802. Hauschild & Kettwitz.

## Neu! Marly-Schrot

feinster Kaffeegesetz. Gibt dem Kaffee eine vorzügliche Farbe u. reinen kräftigen Geschmack.

## Roh-Tabak

zu den allerbilligsten Preisen. G. Erbe, Berlin C. Auguststr. 36, Hofpartier.

## Natur-Seilverfahren.

Gant-, Garm- u. Blasenleiden. Frauen-Krantheit. Heilt sicher ohne Brandstrahlung.

## Schultze,

Wasserthorstr. 1/2, 1. Behandlung aller Gant-, Garm- und Blasenleiden ohne jegliche Brandstrahlung.



Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen etc. Heftet ich: 150672. 30 1/2 Fl. Export-Weißbier 1.25.



### Tokales.

**Ein Urteil über unsere Krankenhäuser.** Die erinnerlich sein dürfte, hatte gelegentlich der Beratung des Seuchengesetzes im Reichstag unser Parteigenosse Antzid eine Reihe von Mißständen aus einem Berliner Krankenhaus zur Sprache gebracht, die in weiteren Kreisen berechtigtes Aufsehen erregten. Die „Medizinische Reform“, ein hier erscheinendes Fachblatt der Ärzte, hat die Verhandlungen über diesen Gegenstand im Stenogramm abgedruckt und folgendes sehr beachtenswerte Urteil hinzugefügt:

„Der Abgeordnete Antzid hat sich durch diese Enthüllungen ein Verdienst erworben; das können wir Ärzte ruhig anerkennen, denn nur ein irreführendes Standesgefühl kann uns dafür blind machen, daß einmal überhaupt viel zu wenig Krankenhäuser vorhanden sind und mit der Erbauung neuer Krankenhäuser in einem viel zu langsamem Tempo vorgegangen wird und daß selbst in den vielgerühmten Berliner Krankenhäusern große Mißstände bestehen. In dem Berlin benachbarten Riederbarnim ist das Planto an Krankenhäusern heute fast genau noch ebenso groß, wie im Jahre 1889. In diesem Jahre stand das Projekt der Erbauung eines Kreiskrankenhauses in Berlin auf der Tagesordnung des Reichstages, verschwand aber wegen seiner Unausführbarkeit, ohne daß bisher ein Plan systematischer Versorgung des Reiches mit Krankenhäusern vorgelegt wäre.“

Wenn der Abg. Antzid erwähnt hat, daß auch einzelne Ärzte ihre Pflichten nicht erfüllt haben, so ist das auch kein Grund, daß sich alle übrigen Ärzte dadurch beleidigt fühlen; im Gegenteil liegt es durchaus im Interesse unfreies Standes, wenn auch Pflichtenwidrigkeiten von Ärzten nicht vertuscht werden. Die Verteidigung des „ärztlichen Standes“, wie sie Herr Geheimrat Kirchner übernehmen zu müssen geglaubt hat, war daher mindestens vollkommen überflüssig.

Wenn der Abg. Reiffhaus behauptete, daß das Vertrauen zu den Krankenhäusern in den Kreisen der Heilungsuchenden schon lange erschüttert sei, so kann das für Berlin jeder Kassenerzt aus der täglichen Erfahrung nur bestätigen. Gerade die Kassenerzte sind durch die Mängel der Berliner Krankenhäuser häufig genug in Verlegenheit. Abgesehen von den Mißständen, die im Parlament geschildert sind, erweisen sich die Einrichtungen der Berliner Krankenhäuser fast vollkommen unzulänglich für drei wichtige Krankheiten: die Tuberkulose, den Alkoholismus und die Sphäthis.“

**Die Kommunal-Wählerliste** liegen, wie alljährlich, so auch diesmal in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli täglich von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr im städtischen Wählerbüro, Poststraße 16, II. Treppen, Zimmer 57, zur Einsicht öffentlich aus. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Listen Einwendungen erheben; dieselben müssen in der gedachten Zeit schriftlich bei dem Magistrat angebracht werden.

Die Gesamtsumme aller für die Bildung der Abteilungen zusammengetragenen Steuern beträgt in diesem Jahre 59 577 443,43 M. Zur I. Wählerabteilung gehören diejenigen Wähler, welche mindestens einen Steuerbetrag von 9723,60 M. zahlen; die II. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 600—900 M. und schließt mit einem solchen von 1135,80 M. und dem Buchstaben S ab, während die III. Abteilung mit dem Steuerbetrage von 1135,80 M. und dem Buchstaben M. anfängt und nach unten mit dem steuerpflichtigen Einkommen von 600—900 M. aufsteigt.

Obgleich in diesem Jahre die, lamullich nur alle zwei Jahre erfolgenden Ergänzungswahlen eines Drittels der Stadtverordneten nicht stattfinden, dürfte sich die Einsichtnahme der Wählerlisten doch empfehlen, da nicht ausgeschlossen ist, daß im Laufe des Jahres in einzelnen Bezirken Ergänzungen notwendig werden.

**Beschäftigung von Arbeitern in Blumenbindereien.** Das Polizeipräsidium macht bekannt: Nachdem durch Verordnung vom 16. Juni 1900 eine Beschäftigung von Arbeitern in Blumenbindereien nach Schluß der für den Verkauf freigegebenen Zeit für nicht mehr als 12 Sonn- und Feiertage im Jahre nur für solche Arbeiten gestattet ist, die erforderlich sind, um auf vorübergehe Befestigung Blumen und Pflanzen zur Ausschmückung für Feste und Feierlichkeiten, die an den Sonn- und Feiertagen nach Schluß der Verkaufszeit stattfinden, an dem Ort des Festes oder der Feierlichkeit sachgemäß anzubringen, werden die betreffenden Gewerbetreibenden hierdurch aufgefordert, jedesmal, wenn sie Arbeiter nach Schluß der für den Verkauf freigegebenen Zeit an einem Sonn- oder Feiertage beschäftigen wollen, hiervon vorher dem zuständigen Polizeirevier Anzeige zu erstatten.

**Die Aufhebung der Sonntagsruhe** ist nach Meldungen bürgerlicher Blätter am letzten Sonntag in Spandau verfügt, um infolge der Mobilmachung für China die Aufsertigung der Versandlisten zu ermöglichen. Auch in dem Krilliederdepot wurde den ganzen Sonntag bis Andbruch der Dunkelheit gearbeitet. Unausführlich waren Fahrwerke in Bewegung, um, was an Risten nur irgend fertig war, aus den Werkstätten herauszuholen. Zur Verstärkung sind auch Berliner Holzbearbeitungsfabriken herangezogen worden, weil die Verpackung und Befestigung in denkbar kürzester Zeit bewerkstelligt sein muß. — Ohne Zweifel hätte es wohl Mittel und Wege gegeben, die bei unsren Fronmen doch so hochgeschätzten Gebote der christlichen Religion innezuhalten. Gegen den Unglauben will man uns Feld ziehen, ohne selbst den rechten Glauben zu betätigen.

**Die Hebungsarbeiten der Stadtbahnbrücke** im Zuge der Neuen Promenade, die von dem Publikum mit großem Interesse beobachtet wurden, sind beendet, und es wird nunmehr mit der Höherlegung der Pfeiler begonnen werden. Zu diesem Zweck werden die schweren eisernen Träger, nachdem sie von den Fundamenten gelockert worden sind, mittels Seilwinden gehoben und der Zwischenraum zwischen Pfeiler und Fundament mit seinen etwa zwei Millimeter starken Stahlplatten ausgefüllt. Zur Hebung der gesamten Brückenkonstruktion, die ein Gewicht von annähernd 10 000 Centnern repräsentiert, waren nur sechs Mann erforderlich.

**Der Umbau des Sitzungssaales des Abgeordnetenhauses** wird jetzt in Angriff genommen, nachdem das Haus die Vorlage nach den Plänen des Erbauers Geh. Baurats Friedrich Schulze angenommen hat. Da die Bauzeit auf sechs Monate veranschlagt ist, so ist damit ausgesprochen, daß der Landtag nicht wieder vor dem neuen Jahre zusammentreten wird. Das Bestreben des Umbaus ist, möglichst wenig Flächen zu Respektionen zu bieten. Die Wand- und Gewölbeflächen werden mit kräftig hervortretenden Ornamenten versehen. Außerdem wird die Größe des Saales etwas verringert, indem die Decke um 8 1/2 Meter gesenkt wird, die Tribünen hinter den Ministerplätzen entfernt und die übrigen Tribünen etwas beschränkt werden.

**Auf der Kleinbahn zwischen dem Potsdamer Ringbahnhof und dem Landwehrkanal**, die zum Transport der beim Bau der Untergrundbahn auszuwachsenden Sandmassen eingesetzt worden ist, sind am Sonnabend die ersten Probefahrten unternommen worden. Die Bahn zieht sich hinter den Häusern der Köthenerstraße entlang, überschreitet am Endpunkt derselben den Bahndamm des Kaiserplatzes und endet selbst an der Ufermauer des Kanals, wo eine Art Auslastation mit Ausweichgleisen und Drehscheiben hergestellt worden ist. Eine kleine Lokomotive zieht die voll beladene bis zu dieser Endstation, wo dann der Sand durch die bekannte an den Wagen angebrachte Rippvorrichtung unmittelbar in die auf dem Kanal liegenden Röhre geschüttet wird.

**Die Eröffnung eines neuen israelitischen Krankenhauses** erfolgte Sonntagmorgen in der Grenzauer Allee 36. Die Gründung ist erfolgt durch den eine Sonderstellung einnehmenden

orthodoxen jüdischen Verein „Chewra Kadischah“, und hauptsächlich durch Anregung des verstorbenen Oberrabbiners Dr. Gildesheimer. Die jetzt in eigenen Besitz übernommenen Gebäude hatte der Verein schon bisher zu Krankenzwecken gemietet und dann nach Erwerbung vollständig ausgebaut. Als Leiter der Anstalt fungiert Dr. Adler. Die Anstalt ist zunächst zur Aufnahme von etwa zwanzig Kranken eingerichtet.

**Ein tödlicher Unfall** hat sich gestern, Montagmorgen, um 1 Uhr auf der neuen, erst am Sonnabend dem Verleher übergebenen Brücke ereignet, die im Zuge der Grünauerstraße das Kottbuser mit dem Mahlach-Ufer verbindet. Der 35 Jahre alte Kutscher Ernst Neumann, der bei Hennig in der Friedrichstraße zu Tempelhof beschäftigt war, wollte mit einem schwerbeladenen Steinwagen von Mahlach nach dem Kottbuser-Ufer hinüberfahren. Beim Hinabfahren geriet ein Teil der Ladung ins Rutschen und die Steine drückten den Kutscher mit vom Wagen. Die Räder gingen ihm über den Leib, und der Verunglückte blieb bewußlos liegen. Die durch den Fernsprecher zu Hilfe gerufene Rettungswache am Söhrerbahnhof legte ihn auf eine Tragbohrre und brachte ihn mit einem elektrischen Wagen der Linie Fehrenstr.—Treptow nach ihren Räumern. Hier starb der Verunglückte unmittelbar nach der Entlassung. — Ein zweiter Unfall durch Ueberfahren trug sich um 4 1/2 Uhr an der Ecke der Friedrich- und Kochstraße zu. Der bei der städtischen Gaskanal am Stralauer Platz beschäftigte Arbeiter Johann Stawitzky aus der Marienburgerstraße 32 schob einen mit Bohlen beladenen Handwagen und wurde von einem mit eisernen Röhren beladenen Rollwagen überfahren. Er erlitt schwere Quetschungen am Brustkasten und am linken Arm, von dem ihm das Fleisch abgerissen wurde. Der Verunglückte wurde auf der Unfallstation I in der Wilhelmstraße verbunden und mit einem Transportwagen nach dem Moabiter Krankenhaus gebracht. — Durch Absturz vom Gerüst verunglückte gestern Nachmittag um 4 1/2 Uhr der 43 Jahre alte Zimmermann Ernst Blente aus der Reuen Hohstr. 47, der bei dem Zimmermeister Müller in Ziegel arbeitet. Beim Aufstiegen eines Gerüstes auf einem Neubau in der Oderbergerstraße fiel er infolge eines Fehltritts aus einer Höhe von zwei Stockwerken auf den Kopf hinab und zog sich außer inneren Verletzungen einen Bruch des linken Oberschenkels und des rechten Kniegelenks zu. Der Verunglückte wurde, nachdem ihm die Unfallstation II die erste Hilfe geleistet hatte, mit einem kutschen Rettungswagen auf seinen ausdrücklichen Wunsch nach seiner Wohnung gebracht.

**Schwindel-Funktionen** werden in der nächsten Zeit den Straf-richter beschäftigen. Vor ungefähr Jahresfrist berichteten wir über eine Versteigerung, bei der die Käufer in Flaschen, die mit schönen Kupfern und wohlklingenden Aufschriften versehen waren, statt guter Weine ein Gemisch von Wasser und Spiritus erhielten. Es sah ganz so aus, als ob diese Versteigerung und andre durch Pfändungen auf Grund von Scheinforderungen in betrügerischer Absicht herbeigeführt wurden. Einer der Beteiligten erzog damals eine Verichtigung, da er in gutem Glauben gehandelt habe. Die Staatsanwaltschaft aber ging der Sache auf den Grund und nunmehr ist in dieser Angelegenheit die Hauptverhandlung wegen Betrugs gegen Hoppe und Genossen auf den 19. d. M. vor der 4. Strafkammer beim Landgericht I anberaumt worden.

**Der Liebesroman des schwarzen Joseph** bildet das Tagesgespräch im Stralauer Viertel. Der schwarze Joseph ist ein 27-jähriger afrikanischer Landmann, der seit 10 Jahren in Berlin wohnt, abends mit einem Phonographen die Gastwirtschaften aufsucht und Sonntags bald hier bald dort als Auskultistener beschäftigt ist. Vor ungefähr einem Jahr verliebte sich in den hoch aufgeschwungenen schwarzen eine weiße Plätterin, die ihm nun seit 10 Monaten in der Stralauerstraße 21 die Wirtschaft führte, nachdem vor aber auch ihrem Verufe als Plätterin nachging. Das Mädchen baute auf die Treue ihres schwarzen Geliebten fest, erfuhr aber eine bittere Enttäuschung. Der Afrikaner, Joseph Bengerhoffer mit Namen, machte auf seinen Wanderungen durch die Wirtschaften noch manche Eroberung, und nicht klein ist die Zahl der Frauen, die zu einem stillen Weich in seine beschiedene Wohnung kamen, wenn seine ahnungslose Wirtschaftlerin auf ihrer Arbeitsstelle eifrig das Plätterin führte. Die Frauenerfolge fielen aber doch auf und konnten schließlich auch der Plätterin nicht verborgen bleiben. Da das es dem heftigen Eifersüchtigen. Am Sonntag ging der schwarze Joseph nach Pankow hinaus, um wieder den Kneuer zu spielen. Als er abends zurückkehrte, fand er das Nest leer. Die Verborgene hatte so ziemlich alles, was in der Wohnung war, auf einen Handwagen geladen und war davongefahren. Vergeblich suchte gestern morgen der schwarze Joseph das ganze Viertel nach ihr ab. Allen Klagen er sein Leid, zumal da ihm die Verschwendung auch noch 80 M. bares Geld abgenommen habe. Das Mädchen behauptet allerdings, dieses Geld selbst verdient und erpart zu haben, der Verlassene will es aber dennoch durch die Kriminalpolizei belangen.

**Der Aufklärung bedarf** noch ein Vorgang aus der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag. Um 1 Uhr fand ein Schuttmann in der Dorotheenstraße einen Stolporteur Hermann Schütz in einer großen Wutlage auf dem Bürgersteig liegen. Der Mann war bewußtlos und kam erst in der Charité, in die der Beamte ihn mit einer Droschke brachte, so weit wieder zu sich, daß er seinen Namen angeben und mitteilen konnte, daß er in Moabit wohne. Wie er zu einer aufsehenerregend lebensgefährlichen und stark blutenden Wunde am Hinterkopf gekommen ist, konnte man von ihm nicht mehr erfahren, da er infolge des Blutverlustes ohnmächtig wurde, nachdem er sich anfangs der Anlegung eines Verbandes widersetzt hatte.

**Verlassen.** Die noch nicht 19 Jahre alte Arbeiterin Hedwig Pohle aus der Lindowstraße 28, die in der Scheringischen Fabrik beschäftigt war, lernte vor einem Jahre den 24-jährigen, in einer Fabrikfabrik tätigen Mechaniker Franz Birk kennen, der damals in demselben Hause wohnte und später in der Gerichtstraße ein möbliertes Zimmer bezog. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich ein Liebesverhältnis. Als der junge Mann sah, daß dieses nicht ohne Folgen blieb, zog er sich zurück. Vergessen hat ihn die Geliebte, sie nicht im Stich zu lassen. Nach Sonntagmorgen traf sie ihn, nahm ihn mit in die elterliche Wohnung hinauf und beschwor ihn tiefstüßig, sie zu heiraten. Birk antwortete kühl, er sei nicht so dumm, er werde in seine Heimat zurückkehren. Kurz nach zehn Uhr abends verschwand das Mädchen heimlich aus der elterlichen Wohnung und dem Hause. Montag in früher Morgenstunde erhielten die Eltern die Kunde, daß es auf der Unfallstation VI in der Lindowstraße liege. Die Unglückliche war laienlang umhergeirrt und dann an der Kieler Brücke in der Verzweigung in den Nordhafen gesprungen. Der Säulemeister rettete sie mit Hilfe einiger Schiffer und ein Schuttmann brachte sie nach der Unfallstation. Von hier wurde die Unglückliche nach der Charité überführt, wo sie nach kurzer Zeit verschied.

**Auf der Unfallstation starb** am Sonnabendabend der 37 Jahre alte Schriftsetzer Emil Vedert, der bei seiner Mutter in der Kesselsstraße 8 wohnte. Vedert wurde plötzlich unwohl und wurde nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße gebracht. Hier starb er schon nach kurzer Zeit, wahrscheinlich an einem Herzschlag.

**Im Tiergarten erschoss** sich der 41 Jahre alte Gastwirt Julius Geppert, der vor einigen Tagen mit seiner Frau aus Moabit in Oberschlesien hierher gekommen war. Geppert war früher in Berlin anständig und siedelte vor Jahren nach Moabit über, wo er geboren ist. Nachdem er dort vier Jahre lang eine Gastwirtschaft betrieben hatte, kam er am 3. d. M. mit seiner 43 Jahre alten Frau Verha geb. Adler, mit der er in kinderloser Ehe lebte, wieder nach Berlin, um hier wieder ein Geschäft aufzumachen. Das Ehepaar wohnte im Christlichen Hospiz in der Oranienstr. 108. Die Frau ist seit anderthalb Jahren herz- und nierenleidend, und es scheint, daß ihre Krankheit den Mann schwermütig gemacht hat. Schon in Moabit

äußerte er wiederholt Selbstmordgedanken, ohne einen bestimmten Grund anzugeben. Aufgestellt im Hospiz hörten am Sonnabend im Zimmer des Ehepaars einigemal ein Geräusch wie vom Knaden eines Hahns. Dann ging Geppert, der ein verführtes Wesen zeigte, weg. Später fand man ihn im Tiergarten in der Nähe des Forsterhauses schwer verwundet auf, er hatte sich dort aus einem Revolver zwei Kugeln in den Kopf gejagt. Ein Schuttmann brachte ihn schleunigst nach dem Moabiter Krankenhaus. Dort starb der Verwundete schon nach kurzer Zeit. Das Befinden seiner Frau wurde am denselben Tage so schlimm, daß ein Arzt sie nach dem Elisabeth-Krankenhaus bringen ließ. Ihr Zustand hat sich etwas gebessert, sie bedarf aber noch der größten Schonung. Aus diesem Grunde hat man sie auch noch nicht darüber vernehmen können, was ihrem Manne die unmittelbare Veranlassung zum Selbstmord gegeben haben mag. Vermutet wird, daß Geppert schon in der Wohnung mit der Waffe hantiert habe, um vielleicht seine Frau und sich zu erschießen, daß ihm jedoch der Mut dazu gefehlt habe. Rot ist nicht die Veranlassung zum Selbstmord gewesen. Geppert hatte noch 200 und seine Frau 1000 Mark bei sich. Auf dem Bahnhof lagert außerdem noch eine schöne Wohnungs- und Wirtschaftseinrichtung, die das Ehepaar aus Moabit gleich mitgebracht hat.

**Verlehen** wurden am Sonnabendabend an der Gollnow- und Fiederstrassen-Ecke von sechs Strochen ohne alle Veranlassung die von der Arbeit heimkehrenden Brüder Veher, Bahmannstr. 32. Der eine der Brüder erhielt einen Messerstich ins Gesicht. Nach dieser Selbenthat flohen die Stroche, verfolgt von den Angegriffenen, in eine Kalkeme in der Gollnowstraße, die in letzter Zeit vielfach der Schaulust wüster Scenen war. Ein Aufgebot von sieben bis acht Schulreuten und zwei Kriminalbeamten stürzte die Exzedenten nach dem Polizeirevier Neue Königstraße. Leider gelang es dem Messerstecher, bekannt unter dem Namen Luden-Gugo, zu entweichen.

**Der ränderische Ueberfall auf den Mechaniker Eugen Töpfer**, welcher seiner Zeit so großes Aufsehen erregte, wird nun geklärt werden. Wie erinnerlich, war Töpfer vor etwa zwei Jahren auf der Landstraße zwischen Treuenbriegen und Bessly vom Fahrrad geschossen worden, worauf der Thäter sich des Fahrrads bemächtigte und davonsuhr. Unter der Anschuldigung, den Ueberfall verübt zu haben, wurden zuerst der Handelsmann Wuhlmann und der Arbeiter Heise verfolgt, doch stellte sich später ihre Schuldlosigkeit heraus. Der Verdacht lenkte sich auf den 27-jährigen Arbeiter Hermann Bäh, der denn auch von dem schwerverwundeten Töpfer in einer Photographie als der Thäter erkannt wurde. Bäh war inzwischen flüchtig geworden und wurde lange vergeblich gesucht. Da sollte dem Verbrecher seine Dreistigkeit verhängnisvoll werden. Er hatte sich nach Holland gewandt und verheiratet von dort aus die Kriminalpolizei, indem er ihr wiederholt — Ansichtspostkarten sandte. Hierdurch wurde aber die Verfolgung erleichtert und schließlich auch seine Festnahme durch die holländischen Behörden bewirkt. Die Auslieferung erfolgte über die Grenzstation Emmerich. Als der Arrestant vom dortigen Bahnhof dem Polizeibureau zugeführt worden war, unternahm er einen Fluchtversuch, indem er plötzlich die Thür aufschloß, den Schlüssel an sich nahm und die Beamten im Zimmer einzusperrten suchte. Dieses Vorhaben wurde jedoch rechtzeitig vereitelt, der flüchtig gefesselt und in die Detentionsszelle gebracht. Bei seiner Verhaftung fand man unter seiner Junge ein Zwanzigmarkstück verbergen. Der Verbrecher wurde dann in Begleitung zweier Kriminalbeamten nach Potsdam überführt. Bäh ist ein mit acht Monaten Gefängnisvorbestrafter gewerbemäßiger Dieb. Auf seine Ergreifung wurde seiner Zeit vom Regierungspräsidenten zu Potsdam eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

**Durch einen Gerüststurz** verunglückte Sonntagmorgen der 34 Jahre alte wohnungslose Arbeiter Thiem, der auf einem Holzplatz am Südfer beschäftigt war. Der Mann fiel infolge eines Fehltritts von einem Bodgerüst herab und verletzte sich am linken Bein so schwer, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

**In der Herberge des Glends**, dem städtischen Obdach, nächtigten im Laufe des Monats Juni er. 13 045 nächtlich obdachlose Proletarier, und zwar 13 078 Männer und 867 Frauen. Von diesen unglücklichen Personen wurden 9 dem Krankenhaus im Friedriehshain, 85 dem Krankenhaus Moabit, 14 der Charité, 7 der Anstalt für Epileptische, Wuhlgarten, 11 der Geschlechtskranken-Station und 214 der Polizei überwiefen. Gebadet haben im städtischen Obdach 7176 Personen. Außer den nächtlich Obdachlosen beherbergte die Anstalt am 1. Juli d. J. noch 93 obdachlose Familien mit 331 Personen und 96 Einzelpersonen — gegen 96 Familien mit 318 Personen und 77 Einzelpersonen am 1. Juni d. J.

**Madonnen zu Friedenau.** Der vorgestrige Sonntag als zweiter Tag des auf drei Tage bemehnten internationalen Meetings zog trotz des unfreundlichen Wetters das Publikum fast stärker heran als der Sonntag vorher. Soweit den Leuten darum zu thun war, auch einmal deutsche Fahrer siegen zu sehen, kamen sie wenigstens bei den Niegertonkurrenzen auf ihre Rechnung; Arend, Huber und Seidl, der als Wiener wohl ebenfalls mitzählt, bestanden überlegen den Mitbewerber der Ausländer. Im 50 Kilometerfahren dagegen konnte Robl es gegen Eltes-Kew Hort und Didenmann-Amsterdam trotz aller tapferen Anstrengung nur zum dritten Preise bringen.

Im einzelnen verliefen die Rennen wie folgt: Internationales Hauptfahren. Alle Läufe über 1000 Meter. Vier Preise: 500, 200, 100, 50 M. 1. Vorlauf: Arend 1. Romo 2. Ditzheimer 3. 2. Vorlauf: Huber 1. Schilling 2. Conelli 3. 3. Vorlauf: Seidl 1. Green 2. Heimann 3. Hoffnungslauf: Green 1. Endlauf: Arend 1. Zeit 1:54:1. Seidl 2. Huber 3. Green 4. Friedenauer Handicap. 1600 Meter. 3 Preise 150, 70, 40 M. Hallwachs (140 Meter) nutzte seine von der Konfuzenz demängelte Vorgabe gut aus und kommt mit ca. 20 Meter Vorsprung als Erster an. Hallwachs 1. Huber 2. Arend 3. 50 Kilometerfahren. 4 Preise: 1000, 500, 200, 100 M. Eltes-Kew Hort, der sich auch diesmal als bester Fahrer bewährt, hatte weit stärker gegen seine Mitbewerber zu kämpfen, als am vorigen Sonntag. Bei 25 Kilometer werden die deutschen Records überholt; in gut 53 Minuten ist Eltes als erster fertig, nachdem er bei 45 Kilometer Didenmann überholt hat. Robl ist Eltes dauernd auf den Fersen, läßt aber gegen Ende der Fahrt etwas nach. Didenmann bleibt eine halbe Runde zurück, Robl 3 Runden, Taylor 4, Linton 5, Röber 6, Walter 7 Runden. — Tandem-Gaupifahren 3000 Meter. 3 Preise: 200, 100, 50 M. Huber-Seidl 1. Arend-Darrheimer 2. Schilling-Hansen 3. Huber-Seidl siegen überlegen. Nächsten Sonntag soll ein ungefähr drei Stunden währendes 100 englische Meilen-Rennen abgehalten werden.

**Orgelvortrag.** Mittwoch, den 11. Juli, mittags 12 Uhr, hält Herr Musikdirektor Otto Dienel in der Marienkirche einen Orgelvortrag unter Mitwirkung von Fräulein Helene Heyne, Frau Emma Maria Ehrhardt, Hrn. Nico Dargen-Wüller, Hrn. Konzertmeister Hermann Gerlach und Hrn. Organist Paul Heuer, in welchen Kompositionen von Bach, Tartini, Papini, Mendelssohn, H. Schumann, Dienel zc. zur Aufführung kommen. Der Eintritt ist frei.

### Aus den Nachbarorten.

**In Nizdorf** hält heute abend im Socialdemokratischen Verein Vorwärts bei Peters, Auestraße 113, der Reichstags-Abgeordnete Rosenow einen Vortrag über „Die Vertreibung der Lebensmittel und die Konsumgenossenschaften“.

**Welshensee.** Dienstag, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Gollingischen Lokal, Langhansstr. 106, die Generalversammlung des Socialdemokratischen Arbeitervereins statt.

**Unser Kollege John**, der bis vor kurzem als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ zeichnete, hat gestern eine zweimonatliche Gefängnisstrafe, die er sich wegen Verleumdung des Spandauer Magistrats zuzog, angetreten. Als alter Pressekämpfer betritt er nicht das Arrestmal die ungasische Stille des Gefängnisses, nur die neue Strafanstalt Tegel beherbergt ihn zum erstenmal. Gebessert, im Sinne der modernen Strafrechtspflege, wird er gewiß nicht zurückkehren und so wünschen wir nur, daß ihm die unfreiwilligen Sommerferien von höchst zweifelhafter Güte keinen Schaden an seiner Gesundheit zufügen.

**Aus Rixdorf.** In der Karlose verstorben ist am Sonnabend-Abend der hiesige Gemeindeführer Karl Jante in einer Berliner Privatklinik. Seit seit kurzem an einer Drüsenanschwellung im Halse. Am letzten Sonnabend nahm das Leiden einen so bösartigen Charakter an, daß sich die Notwendigkeit einer Operation herausstellte, da sonst der Erstickungstod drohte. Der Kranke begab sich nach der Privatklinik des Dr. Ranasse in Berlin, wo nach am Sonnabendabend die Operation erfolgen sollte. Da Jante herzleidend war, wurde statt des Chloroforms Aether zur Karlose verwendet, aber trotzdem verstarb der 37 Jahre alte Mann während der Karlose an einem Herzschlag. Alle Wiederbelebungsbemühungen erwiesen sich als erfolglos.

**Vier schwere Jungen** hat die Rixdorfer Polizei festgenommen. Es handelt sich um gewiegte Eindrehler, welche in der letzten Zeit die Gefängnisstrafen in Berlin und den Vororten heimgesucht haben. Es war der Polizei die Mitteilung zugegangen, daß sich in einem Lokal in der Prinz Handjersstraße oft aus Berlin Wäcker einfinden, unter denen die in Verdacht stehenden und gefugenen Eindrehler sich befinden. Es ward daher dem Wirt gesagt, daß er sofort telephonieren solle, wenn diese Gäste erscheinen. Am Freitag-Abend trafen sie ein, die Polizei war bald zur Stelle und führte die Gesellschaft gefesselt mittelst des „Grünen Wagens“ nach der Polizei-Direktion.

**Eine neue Straßenbahn-Verbindung zwischen Berlin und Rixdorf** wird durch die nun erfolgte Vollendung und Eröffnung der Landwehrkanal-Brücke im Zug der Grünauerstraße ermöglicht. Die Große Berliner Straßenbahn beabsichtigt, über diese Brücke unter Mitbenutzung der in der Grünauerstraße liegenden Geleise der Straßenbahn von Siemens u. Halske eine Linie nach Rixdorf zu führen.

**Ueber die Errichtung einer städtischen Fließbade-Anstalt** in dem zwischen der Schloßbrücke und dem Verbindungskanal gelegenen Teile der Spree wird der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung alsbald nach den Ferien eine Vorlage zugehen. Der Plan für die Anstalt ist noch nicht definitiv bestimmt, doch wird voraussichtlich eine Stelle in unmittelbarer Nähe der Spreebrücke im Zuge der Spreestraße seitens des Magistrats in Vorschlag gebracht werden.

**Ueber ein Verbrechen**, das ein Mann in Jagduniform zwischen Treuenbriegen und Veelitz ausgeführt hat, wird folgendes berichtet: Am Freitagnachmittag suchte die 12 jährige Tochter Marie des Pankinnmachers K. aus Treuenbriegen im Walde an der Wardenitz-Reddler Gasse mit noch 2 Knaben Pilze. Plötzlich trat aus dem Dickicht ein junger Mann in Jagdanzug, der einen Fischeimer trug und eine Flinte bei sich führte, hervor, gerieterte sich auf Fischeimer und verlangte den Inhalt des Korbes des Mädchens zu sehen. Die Knaben verließen die angebliche Förster durch Drohungen, worauf er gegen die kleine K. gewaltthätig vorging, sie beim Halse packte, würgte, und schließlich in schieflicher Weise vergetragte. Erst am Abend spät erhielt die Behörde von dem Vorfalle Kenntnis.

In der Nähe von Treuenbriegen befindet sich mitten im Walde das das dem Restaurateur Trebesch gehörige Parkrestaurant „Waldlater“. Der Wirt deselben hörte nun in der Nacht zum Sonnabend gegen 1 1/2 Uhr in seinem Saal ein verdächtiges Geräusch. Er bewachte sich mit einem Revolver und durchsuchte sein Lokal, wobei er, als er durch das Schießfenster zwischen Küche und Saal blickte, den oben erwähnten Kerl in Jagduniform sah. Derselbe erbrach gerade einem im Saal stehenden Automaten. Trebesch feuerte nun aus seinem Revolver zwei Schüsse auf den Eindrehler ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Der Eindrehler ergriff hierauf seine Flinte und schoss zweimal auf den Restaurateur, der sich hierauf schnell in Sicherheit brachte. Die Revolverkugeln waren dicht an der Öffnung des kleinen Schießfensters eingeschlagen. Der Verbrecher setzte ungeniert die Jettümmung des Automaten fort und benutzte ihn seines Inhalts. Dann nahm er noch einige Zigaretten und ferner ein Zweirad, das die Marke „Diana“ Nr. 99 928 trägt, Modell 25, mit verschwand. Der Verbrecher soll sich nach Veelitz gewandt haben, konnte aber bisher noch nicht festgenommen werden.

**Kein Vergnügen ohne Gendarmen!** So können die Vereine ausüben, die sich erlauben, ihre Festlichkeiten bei dem Gastwirt Schmauser in Adlershof abzuhalten. Schmauser gehört zu den wenigen Gastwirten in dem Amtsbezirk des bekannten Herrn von Oppen, die ihr Lokal zu Arbeiterveranstaltungen hergeben. Damit kann man aber nach allen bisherigen Erfahrungen immer des besondern Unwillens des Herrn Amtsverwalters gewiß sein. So eine Probe von der Machtbefugnis des eifrigen Amtsverwalters bekam am Sonntag wieder der „Kantklub „Vascha“ zu kosten. Dieser Verein hatte in dem Lokal des Herrn Schmauser ein gemütliches Beisammensein arrangiert, das höchst ungemüht abends gegen 7 1/2 Uhr von neun Gendarmen, die wohl im Auftrage Oppens handelten, gestört wurde. Die Beamten verlangten, wie das bei vorausgegangenen Festen ähnlicher Art schon geschehen war, ganz unbedeutend die Räumung des Saals. Die Mehrzahl der Vereinsmitglieder fügte sich und als einige Vorstandsmitglieder der Weisung nicht sofort folgten, wurden sie gewaltsam entfernt.

Diese Vorkommnisse beweisen, daß ganz ungläubliche Zustände an diesem Ort herrschen. Zum gerichtlichen Ausstrag kommen diese Dinge nicht. Nachdem Herr v. Oppen wiederholt vor Gericht mit seinen Thaten gänzlich abfiel, beschränkt er sich in der Zahl der Anzeigen, hält aber das alte Regiment aufrecht. Wegen die Taktik sind die Einwohner nahezu machtlos.

**Feuerbericht.** Auch heute ist nur über unbedeutende Stände, die sämtlich mit den kleinen Löschgeräten beseitigt werden konnten, zu berichten. Alexanderstr. 63 hatte Sonntagnachmittag eine Ratze auf einem Hängeboden Feuer gefangen, das aber ohne Schwierigkeit gedämpft werden konnte. Kurz darauf erfolgte aus unbedeutendem Anlaß ein Alarm nach Köpenickerstr. 34. Montag früh entstand Ede Geisenau- und Kottbusstraße in einem Grüntrankeller ein kleiner Brand, der durch Räucherung von Fleischwaren verursacht war. Weissenburgerstr. 35 und Drümannstr. 116 hatten sich Professorien entzündet, ebenso Straßmannstr. 1 und Böttcherstr. 21. Gärdenen und Kleidungsstücke wurden Demmterstr. 38 und Königsbergerstr. 29 durch Feuer beschädigt.

## Gerichts-Zeitung.

**Ueber den Wert oder Unwert der Naturheilmethode des verstorbenen Rechtsanwalts M. Glünke** soll in einer Verhandlung entschieden werden, die gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I ihren Anfang nahm. Es ist gegen zehn Personen, welche bei Ausübung der Glünkeschen Methode bezw. bei dem Betrieb seiner Mittel thätig gewesen sind, Anklage erhoben worden, da angenommen wird, daß sie von der Wert- und Wirkungslosigkeit dieser Mittel überzeugt waren. Die Angeklagten sind: 1. die Gutspächterin Witwe Weyer-Bied, die Schwester des verstorbenen Rechtsanwalts Glünke, 2. der frühere Stabsarzt Dr. med. Paul Kahnt, 3. der Apothekenbesitzer Franz Jitelmann, 4. der Handlungsgehilfe Karl Werner und 5. bis 10. die Praktikanten der Heilanstalt Emil Küstermann, Karl Krauß, Karl Sahnel, Rudolf Weiß, Johannes Zehner und Georg Hirschberg. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Neumann, die Anklage vertritt Staatsanwalt Eißler, als Verteidiger sind die Rechts-

anwälte Kroner, Höfinghoff, Vollmar, Dr. Paul Ivers und Blume zur Stelle. Die Verhandlung wird einen wissenschaftlichen Beisitzmann erhalten. Seitens der Anklagebehörde sind der Medizinalrat Dr. Springfeld, Gerichtsphysikus Dr. Stoermer, Apothekenbesitzer Dr. Lang und als Vertreter des Provinzial-Medizinalkollegiums die Medizinal-Meisterei Dr. Kuge und Dr. Schacht geladen, denen die Verteidigung drei Vertreter der Naturheilkunde, die praktischen Ärzte Dr. Schaumann aus Freiburg, Dr. Müller aus Dresden und den Gerichtschemiker Dr. Lebhin aus Berlin gegenübergestellt hat. Sämtliche Angeklagten bestreiten ihre Schuld. Frau Meyer-Bied giebt an, daß ihr am 16. März 1897 verstorbenen Bruder an schweren Krankheiten gelitten habe. Verhärmte Ärzte hätten ihn erfolglos behandelt. Durch die Behandlung mit Pflanzenäften sei ihm endlich Heilung geworden, er habe sich mit der Methode beschäftigt und sei ein überzeugungstreuer Verehrer derselben geworden. Durch Wort und Schrift habe er für die Heilmethode Propaganda gemacht und viele ebenso warme Anhänger gefunden. Im Jahre 1890 habe ihr Bruder in der Gontardstraße 1 eine Naturheilanstalt errichtet, in der Abkochungen von Pflanzen vorgekommen wurden, die den hier und auswärts wohnenden Patienten zugeordnet wurden. Dann sei ihr Bruder mit dem Apotheker Jitelmann, dem Inhaber der Flora-Apothek in der Invalidenstraße in Verbindung getreten. Es wurde in den Räumen über der Apotheke eine Fabrik eingerichtet, in der die verschiedenen Kräuter in bestimmten Mischungen hergestellt und abgekocht wurden. Die Flüssigkeiten wurden auf Flaschen gefüllt, diese nummeriert und von der Flora-Apothek an die Patienten geschickt. Es war dies Verfahren deshalb notwendig, weil die Kräuterabkochungen zu denjenigen Medikamenten gehören, die nur von Apothekern verabfolgt werden dürfen. Die Arbeiten in dieser Fabrik seien von der Angeklagten Frau Meyer-Bied geleitet und überwacht worden. Es seien etwa 50 verschiedene Kräuter, Wurzeln und Rinden zur Verwendung gelangt.

Der zweite Angeklagte, Dr. med. Kahnt, erklärt, daß er früher auf dem Boden der Allopathie gestanden habe. Sein Handwerk, der Rentner K., sei seit vielen Jahren schwer krank gewesen und von den ihm behandelnden Ärzten fast aufgegeben worden. Derselbe habe ihn eines Tages gebeten, ihm zu gestatten, einen Versuch mit der Glünkeschen Kur zu machen. Der Angeklagte habe zu der Kur zwar wenig Vertrauen gehabt, aber angenommen, daß sie nicht schaden würde und deshalb seine Zustimmung gegeben. Bald sei mit dem Patienten, der an Herz-erweiterung und andern schweren Krankheiten litt, ein völliger Umschwung eingetreten. A. sei von Monat zu Monat besser geworden und jetzt ein gesunder Mann. Dieser überraschende Erfolg habe den Angeklagten veranlaßt, dem System Glünke näher zu treten. Er habe vier Monate bei Glünke hospitiert und dort so viele Erfolge gesehen, daß er befehligt worden sei und nunmehr auch Vertreter der Naturheilkunde werde. Seine Kollegen hätten ihn auf heftige Angriffe und nun endlich Ruhe zu bekommen, habe er die ganze Praxis des Rechtsanwalts Glünke übernommen. Die Angriffe hätten sich aber nicht vermindert, er habe deshalb die Verbindung mit Glünke wieder aufgegeben und dessen Methode auf eigene Hand bei seinen Patienten angewandt. Er wende Kräuter-säfte innerlich und äußerlich an, nebenbei aber noch Massage, Bäder, Packungen und schreibe eine geeignete Lebensweise vor.

Die angeklagten „Praktikanten“ sind sämtlich Leute, die eine mehr oder weniger große Anzahl Semestre Medizin indiziert haben und dann durch Glünke zum Naturheilkundevortrieb befehligt worden sind. Sie behaupten sämtlich, fest von dem hohen Wert der Glünkeschen Heilmethode überzeugt zu sein. Wenn die Anklagebehörde durch jahrelange Anstrengung und durch tauende von Berechnungen um etwa ein Duzend Fälle habe anschnidig machen können, in denen Patienten glaubten getäuscht und geschädigt zu sein, so sei dies während ein schwacher Erfolg. Man möge doch nicht vergessen, daß alle Patienten, die sich bei Glünke meldeten, bereits von Ärzten erfolglos behandelt worden waren. Die Angeklagten Küstermann und Hirschberg sind zur Zeit Inhaber der Glünkeschen Naturheilanstalt, nachdem sie die Glünkeschen Erben abgefunden haben. Küstermann giebt an, daß die Anfragenden zunächst eine vom verstorbenen Rechtsanwalts Glünke verfasste Broschüre erhielten, zugleich mit einem Fragebogen eingehender Art, der auszufüllen sei. Es komme nicht so genau auf Feststellung der Diagnose an, denn durch die Kräuterkur solle der Gesamtorganismus behandelt und die Ursache beseitigt werden, wodurch die Krankheitserscheinungen hervorgerufen würden. Gebe die Beantwortung des Fragebogens aber keinen genügenden Anhalt, so müsse der Patient die Atteste der Ärzte einsehen, die ihn zuletzt behandelt hätten. Es sei aber auch wiederholt vorgekommen, daß von der Behandlung eines Kranken Abstand genommen sei, wenn man einen Erfolg nicht erwarten habe. In den Urteilen sei ausdrücklich erwähnt, daß nur der „Verband“ der Glünkeschen Kräuteräfte von der Flora-Apothek aus bevirkt würde. Dadurch würde einer Annahme des Publikums, daß die Säfte von einem approbierter Apotheker hergestellt würden, vorgebeugt. Der Verteiliger des Angeklagten Anay, Rechtsanwalts Dr. Ivers, überreicht dem Gerichtshof ein langes Verzeichnis von Anhängern der Glünkeschen Heilmethode. Es sind sämtlich Personen aus den gebildeten Ständen, darunter 13 Ärzte und beispielsweise auch der Polizei-präsident von Dresden.

Die Verlesungszeugen, die aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands gekommen sind, legen eine größere Zurückhaltung an den Tag als bei ihrer polizeilichen Vernehmung. Sie müssen zugeben, daß sie früher ebenfalls von Allopathen erfolglos behandelt wurden. Die meisten Zeugen wußten, daß Glünke nicht Arzt, sondern früherer Rechtsanwalts war. Regierungs- und Medizinalrat Dr. Springfeld befand sich als Zeuge, daß er früher der Berliner Revisionskommission angehört habe und gelegentlich einer Revision in der Flora-Apothek die sogenannte „Fabrik“ in den oberen Räumen entdeckte. Es habe dort eine ungenügende Ordnung geherrscht und es seien keine so kleinen Gewichte vorrätig gewesen, wie nötig waren, um so geringe Mengen Kräuter abzutuegen, wie notwendig war, um einen Auszug herzustellen, wie er nach dem auf den Flaschen befindlichen Zettel angegeben war.

Apothekenbesitzer Lang bezeichnete es als den Schwerpunkt der Sache, in welcher Weise die Pflanzenäfte hergestellt würden. Was die zur Verwendung gelangenden Kräuter betrafte, müsse zugegeben werden, daß sie fast sämtlich zu den offiziellen Heilmitteln gehören. Aber die Art der Zerfleinerung sei ungenügend und ungleich, die Art des Auskochens der Pflanzen und Rinden eine nicht lachgemäße. Die Säfte seien daher leicht zu Verfälschungen geneigt, wodurch deren Wirksamkeit beeinträchtigt oder aufgehoben würde.

Rechtsanwalt Höfinghoff weist gegenüber dem Gutachten des Apothekenbesitters Lang darauf hin, daß die Verfälscher der Pflanzenäfte deshalb genötigt waren, die Zusammenfügung des Inhalts auf den Flaschen anzugeben, weil das Polizei-Präsidentum sonst den Einwand erheben würde, man habe G. e. i. m. i. t. t. e. l. v. o. r. h. i. n. Gerichtsphysikus Dr. Stoermer bezeichnet den Vertrieb der in Rede stehenden Pflanzenäfte als einen argen Schwindel. Der Fragebogen habe zur Feststellung der Diagnose fast gar keinen Wert, zumal die Fragen von Laien beantwortet würden. Durch Pflasen und unsinnige Heilensarten würden die Kranken eingehalten, und sie würden dadurch geschädigt, daß sie einen stark verdünnten Saft erhielten. Das Wertvollste an dem Medikament seien Flöße und Kori. Die Patienten würden nach Schema S. behandelt, ein Herzkranker erhalte dieselben Säfte, wie ein mit Auschlag Behafteter. Er schreibe den Abkochungen nicht die geringste Heilkraft zu. Die dafür zu zahlenden Preise übergriffen die Arzneikoste um ein Bedeutendes. Ein Kranter, der bei den praktischen Ärzten keine Hilfe finde, zumeist weil er von einem zum andern laufe und deren Anordnungen betrefend der Lebensweise nicht befolge, werde sich im letzten Stadium seiner Krankheit an den Kamrat, der ihm demnat zuzufügen pflege, daß er nunmehr eine Lebensweise anfrage, wodurch sein Zustand gebessert werde. Deshalb pflege auch eine sanatorische Behandlung so wirksam zu sein. Da es schwer sei, einem Kurpfuscher seine böse Absicht nachzuweisen, so weichte daran eben der Kampf gegen die Kurpfuscherei.

Der Angeklagte Kahnt erwidert dem Sachverständigen, daß die Allopathen auch ein und dasselbe Mittel gegen die verschiedensten

Krankheiten anwenden, wie beispielsweise das Quecksilber gegen 62 Krankheiten.

Das Obergutachten des Medizinal-Kollegiums geht dahin, daß die Theorie des verstorbenen Rechtsanwalts Glünke mit der heutigen Wissenschaft unvereinbar sei. In einigen Fällen, die zur Anklage standen, könnte darin eine Schädiigung der Patienten gefunden werden, weil sie von einer rationellen Behandlung systematisch ferngehalten worden seien.

Dr. med. Schemann trat mit Wärme für das Glünkesche System ein. Bei fortgesetztem Gebrauche könne der Pflanzenaft wohl seine heilende Wirkung ausüben. Er sei selbst zum Glünkeschen System bekehrt worden und habe bedeutende Erfolge erzielt.

Der folgende Sachverständige, Dr. med. Külli, erklärt, daß er zu dem verstorbenen Glünke persönlich in seiner Verbindung gestanden habe. Er wende nur das G. l. s. e. System an, weil er es für gut befunden habe, denn er nehme das Gute, wo er es finde. Zweifellos seien bei der Anfertigung technische Fehler vorgekommen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen zeigt der Sachverständige sich als ein Anhänger des Professors Jäger. Man könne jede Krankheit riechen, ein Schwindsüchtiger rieche anders wie ein Schmalh-Kranter usw.

Von den vielen geladenen Zeugen werden nur einige vernommen.

Rentier G. erzählt, daß er seines schweren Leidens wegen die Professoren Gerhardt und Senator in Anspruch genommen habe. Er sei von Tag zu Tag hilfloser geworden. Dann habe er die Kur des Herrn Glünke gebraucht und sei schon nach 4 Wochen gesunder. Zwei andre Zeugen wußten ähnliche günstige Erfolge über die Glünkesche Kur zu berichten.

Der Staatsanwalt erklärte, darauf, daß er die Freisprechung der Angeklagten beantragen müsse. Rechtsanwalts Vollmar beantragte noch, die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen, da die Verhandlung ergeben habe, daß die Vertreter der Glünkeschen Methode weder Ignoranten noch Betrüger seien. Diefem Antrage schlossen sich die übrigen Verteidiger an. Der Gerichtshof nahm an, daß die Angeklagten von der guten Wirkung der Mittel überzeugt waren, begnügte sich aber mit einfacher Freisprechung.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 41. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die reifende Armee — Edwin Marquand Gedicht: „Der Mann mit der Gade“ — Bon R. Theodor — Die Neutralisierung der Seewerkschaften. Bon R. Kausch (Fortsetzung) — Die sozialistische Einigung in Holland. Bon W. J. Blengen. — Die schweizerische Genossenschaftsbewegung. Bon D. Zimmer. — Ein eigenartliches „Geiz“ in der Unfallversicherung. Bon Dr. A. Winter. — Notizen: Die Weizen-Weltmarkte. Argentiniens Außenhandelsverkehr. — Zeitelton: Das Verbrechen im modernen Roman. Bon Professor Enrico Ferri (Rom). Autorisierte Uebersetzung von Wilhelm Thal.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Versammlung Gewerblich-Saal I, Egelufer 15. Anträge aus der Berufschaft. Wahl einer Prüfungskommission für Urabstimmung.

Musikverein Vorling. Schließjahr 43. abends 8 1/2 Uhr, Vogel.

Vertreter der Strafrenten- und der Anwalts und Notare. Heute abends 8 1/2 Uhr in den Anstalten, Kommandantenstr. 20, außerordentliche Generalversammlung.

Verein selbständiger Fensterbäuer. Dienstagabend 8 Uhr Generalversammlung bei Pfleumer, Wallstr. 31-32.

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. (Bewaltungsstelle Berlin) Heute, Dienstag, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Anstalten, Kommandantenstr. 20, Versammlung der Hausdiener und Pader.

## Vermischtes.

**Der bekannte Naturprediger Johannes Gutzeit**, welcher mit seiner Familie nach St. Peter bei Gerg übergesiedelt ist, wurde Freitagabend, bald nachdem er von einer monatelangen Reise heimgekehrt war, verhaftet. Der Grund ist seine Serurteilung, die auf seinen Vortrag erfolgte, den er in Breslau über Ruffin und Unmoral im alten Testament hielt. Gutzeit ist zu 3 Monaten Gefängnis eingezogen und läßt während dieser Zeit Weib und Kind in dürftigen Verhältnissen zurück. — Wie wir hören, soll seine Zeitschrift „Der neue Mensch“ trotz seiner Verhaftung fortgeführt werden.

**Eisenbahnunfall.** Nach einer Meldung des „Biegniger Anzeigers“ wurde Montag früh ein von vier Personen besetztes Zugwerk auf dem Bahübergang bei Becken von einem Eisenbahnzug überfahren. Von den Insassen wurden zwei sofort getötet, die andern beiden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

## Marktpreise von Berlin am 7. Juli 1900

nach Ermittlungen des h. h. Polizeipräsidenten.		Kartoffeln, neue, D. Str.	
Weizen, gut	15.25	Rundfleisch, Rente 1 kg	1.60
„ mittl.	15.25	„ „ „ „	1.20
„ gering	15.15	„ „ „ „	1.00
Hoggen, gut	15.15	Schweinefleisch	1.60
„ mittl.	15.15	Rindfleisch	1.80
„ gering	15.14	„ „ „ „	1.60
Hefe, gut	14.90	„ „ „ „	1.60
„ mittl.	14.30	Butter	2.80
„ gering	13.80	Eier 60 Stück	3.60
Haber, gut	18.10	Kampfen 1 kg	1.90
„ mittl.	15.10	Kale	2.80
„ gering	14.10	Jambler	2.60
„ „ „ „	14.10	„ „ „ „	2.40
Rübsproß	6.50	„ „ „ „	1.80
„ „ „ „	6.80	„ „ „ „	2.40
Größen	40.00	„ „ „ „	1.40
„ „ „ „	45.00	„ „ „ „	2.80
„ „ „ „	70.00	Krebstje per Schock	20.00

\*) frei Wäße, frei Wäger  
 \*) frei Wäger und ab Bahn.

**Produktenmarkt vom 9. Juli.** Angekocht des letzteren Winters hatte man heute auf dem Weizenmarkt eine Aufwärtsbewegung der Preise erwartet. Diese Voraussicht bestätigte sich jedoch nicht, da das Ausland, insbesondere Amerika, heute wieder, und der höhere Barometerstand bei uns ein Anhalten des übermächtigen Regens in den nächsten Tagen schießen läßt. Am Frühlingsmarkt war das Geschäft sehr kein. Die von der Mannliche ankommene Waare von 500 Tannern auf hier schwimmendem russischen Roggen veranlaßte den Kommissar, mit der Dedung eines Bedarfs vorläufig zurückzuhalten. Der Mittagsverkehr erhöhte in leicht befeuchteter Tendenz, schwächte sich jedoch aus den genannten Gründen bald wieder ab. Von Weizen-Angebot wurde wenig Anrufung geboten. In Badaopfer natertee Roggen unverändert. Weizen unwechsellich feiner als vorgefien. Am hiesigen Markt traten mehr und mehr Aechter hervor. Weizen und Roggen blieben gegen Sonnabend eine Kleinigkeit niedriger. Roggen war für nahe Sichten gedrückt. Am Futtermarkt war Haber gut behauptet, prämierte inländische Waare guter Qualität mehr gefragt; Mais unverändert. Rüdöl lag fest, aber fest. Spiritus lafs unverändert.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erlreit werden soll, und die letzte Abonnementsanahlung beizufügen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht erlreit.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

100. Kanallerie-Brigade besteht aus zwei bis drei Regimentern Reiterei. Ob Garde oder nicht, ist dabei ganz gleichgültig.

Senkung. Ohne Angabe von Zeugen nicht zu verwenden.

Elia Richter. Zur Aufnahme nicht geeignet, bedauern Sie sich bei dem Vorstand der Kaye.

Karl Wolken. Mit vollendetem 21. Lebensjahre ist ein Mann heiratsfähig. — Verbeerkran. In 1. Ja. Dadurch erlebigen sich die übrigen Fragen. — R. 28. 1. Ja. 2. Rein. 3. Es ist die Frage beim Landgericht, und wenn der Wert der Sachen 300 M. übersteigt, beim Landgericht zu erheben. — S. Zafesen. Die alten Gitterrechtsverhältnisse sind geblieben. Ob die Gefahr für die Schulden ihres Ehemanns haftet, hängt alles davon ab, ob da, wo die Ehefrau ihren ersten Wohnsitz nach Auflösung der Ehe nahm, Gittergemeinschaft gilt, und ob ein Ehevertrag vorliegt. Selbst ist aus Ihrer Anfrage nicht zu ersehen. — 1000. 1. und 2. Ja.